

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Kultur. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal, Unter Kreuzband: Teilschuld u. Oesterreich, Ungarn 3 Mark, für das übrige Russlands 3 Mark. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitung-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts

Intentions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer oder deren Bruchtheil 50 Pf., für Vereins- und Vereinstätigkeiten 30 Pf. Intention für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Juni 1, Nr. 1208. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 11. Dezember 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Allerneuester Kurs.

Wolff's telegraphisches Bureau meldet in später Nachmittagsstunde:

Berlin, 10. Dezember. Der Reichskanzler hat dem Präsidenten des Reichstages einen Antrag des Ersten Staatsanwaltes beim Landgericht Berlin I übermitteln, in welchem die Herbeiführung der Verurteilung des Reichstages zur strafrechtlichen Verfolgung derjenigen sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten nachgesucht wird, die in der Sitzung vom 6. d. M. bei dem Hoch auf seine Majestät den Kaiser sich nicht von ihren Plätzen erhoben haben. Die Anklage wird auf Majestätsbeleidigung lauten.

Es ist nicht das erste Mal, daß ein solcher Versuch gemacht wird, die Immunität des Reichstages zu durchbrechen.

Bei einer früheren Gelegenheit — wenn wir nicht irren, im Jahre 1880 — wurde bereits ein ähnlicher Antrag gestellt, weil Liebknecht sich bei einem Hoch auf den Kaiser nicht erhoben hatte. Diesen Versuch wies der Reichstag zurück, als nicht verträglich mit der durch die Reichsverfassung verbürgten Immunität der Abgeordneten.

Der betreffende Artikel (30) der Reichsverfassung lautet: Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen verfolgt, oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Damals wurde seitens derer, die auf strafrechtliche Verfolgung drangen, behauptet, daß die Immunität sich bloß auf Abstimmungen und Reden erstrecke. Allein hiergegen wurde geltend gemacht, daß das Wort „Aeußerungen“ mehr bedeutet als „Reden“; und daß außerdem der Reichstag nach Artikel 27 der Reichsverfassung seine Disziplin selbst regelt. Dieser Artikel 27 lautet:

Der Reichstag prüft die Legitimation seiner Mitglieder und entscheidet darüber. Er regelt seinen Geschäftsengang und seine Disziplin durch eine Geschäftsordnung und erwählt seinen Präsidenten, seine Vizepräsidenten und Schriftführer.

Daraus erhellt, daß ein Staatsanwalt kein Recht hat, sich in das zu mischen, was innerhalb des Reichstagsaales während einer Sitzung von Abgeordneten durch Worte, Abstimmungen oder sonstige Aeußerungen gethan wird.

Im Zusammenhange mit dem Antrage des Staatsanwalts steht jedenfalls ein längerer Leitartikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ von heute Abend, welcher die juristische Berechtigung des staatsanwaltlichen Antrages mit bekannten, in reaktionären Blättern schon hundertmal erörterten Gründen zu beweisen sich abmüht.

Der Antrag des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht Berlin I ist ein schwerer Angriff auf die Rechte des Reichstages und wird von diesem in energischster, die Möglichkeit einer Wiederholung derartiger Versuche ausschließenden Weise zurückgewiesen werden.

Wir brachten in unserer letzten Nummer die Nachricht, daß von jetzt ab eine offizielle Regierungs-Korrespondenz erscheinen solle, durch welche die Regierung den Zeitungen diejenigen Mittheilungen machen will, deren Verbreitung sie wünscht. Unser Urtheil über diese Korrespondenz, sagten wir, wollten wir vertagen, bis wir sie gesehen hätten. — Nun, wir haben sie gesehen, denn heute ist ihre erste Nummer ausgegeben worden, und wir müssen sagen: wir sind zufrieden; der ganze wesentliche Inhalt der ersten Nummer beschäftigt sich mit — der Sozialdemokratie. — Der Gründer und geistige Leiter der Korrespondenz ist Herr von Köller, und bezeichnend für Herrn v. Köller sowohl wie für die Regierung, wie für die neueste Fackel im neuen Zirkulus ist Ton und Inhalt des folgenden, die erste Nummer der Regierungs-Korrespondenz zierenden Artikels:

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft des königlichen Landgerichts I Berlin hat der Reichskanzler bei dem Reichstage die verfassungsmäßige Genehmigung dazu nachgesucht, daß der Abgeordnete Liebknecht wegen Majestätsbeleidigung zur Untersuchung gezogen wird. Es ist vorbehalten, den Antrag auch auf andere, noch zu benennende Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei auszudehnen.

Die Majestätsbeleidigung wird von der Staatsanwaltschaft darin gefunden, daß der Abgeordnete Liebknecht und andere Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, als in der Sitzung des Reichstages vom 6. d. M. vom Präsidenten des Hauses ein Hoch auf seine Majestät den Kaiser und König ausgebracht wurde, im Gegensatz zu den übrigen Mitgliedern des Hauses, die sich dem Herkommen gemäß von ihren Plätzen erhoben, in ostentativer Weise sitzen geblieben sind.

Eine Bestätigung ihrer Auffassung, daß es sich hierbei um eine Demonstration in beleidigender Absicht gehandelt hat, findet die Staatsanwaltschaft auch in den Bemerkungen des Abgeordneten Singer, die er den Vorhaltungen des Präsidenten: ein solches Verfahren entspreche nicht der Sitte deutscher Männer, nicht den

Gewohnheiten des Hauses, es beleidige die Gefühle seiner Mitglieder, entgegengesetzt hat und die zu vollenden er durch die Erregung des Hauses gehindert wurde.

Hat dieses Verhalten von sozialdemokratischen Mitgliedern schon im Hause selbst die gebührende Verurtheilung gefunden, so hat sich nicht minder auch außerhalb des Hauses, im Volke, hierüber ein Sturm patriotischer Entrüstung erhoben. Mit wenigen Ausnahmen hat insbesondere auch die Presse aller Richtungen das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten gebührend gekennzeichnet. Es herrscht das Gefühl, daß derartige Beleidigungen gegen die Person seiner Majestät des Kaisers und Königs nicht straflos bleiben dürfen, sondern energische Ahndung erheischen.

Die zur Zeit geltende Geschäftsordnung des Reichstages bietet keine genügende Handhabe, um solche bedauerliche Vorkommnisse verhindern zu können. Der Präsident des Reichstages hat unter dem unmittelbaren Eindruck des Geschehnisses bereits erklärt, er könne nur bedauern, daß er kein Mittel habe, um ein derartiges Verfahren zu rügen. Liegt es unter diesen Umständen nahe, an eine Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages zu denken, welche für solche Fälle die Disziplinarbefugnisse des Präsidenten bezw. des Hauses erweitert, so erscheint es außerdem angezeigt, den Weg der Verfolgung zu betreten, den die allgemeinen Strafgesetze weisen.

Daß der Reichstag die verfassungsmäßig nachgesuchte Genehmigung zur Einleitung dieser Verfolgung während der Sitzungsperiode nicht verjagen wird, dürfte im ganzen Lande erwartet werden, wo man eine Hinausschiebung des strafrechtlichen Einschreitens nicht verstehen würde. Hat der Reichstag als Vertretung der Nation doch selbst das größte Interesse daran, Alles dasjenige zu schützen, was dem Volke heilig ist und zu bekämpfen, was des Volkes Empfinden verletzt.

Durch die beabsichtigte strafrechtliche Verfolgung der betheiligten sozialdemokratischen Abgeordneten wird die von der Verfassung gewährleistete Immunität der Abgeordneten in keiner Weise angetastet. Artikel 30 der Reichsverfassung schreibt lediglich vor:

„Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.“

Er gewährleistet also die freie Abstimmung und die freie Meinungsäußerung. Im vorliegenden Falle handelt es sich aber weder um eine Abstimmung, noch um eine Meinungsäußerung im Sinne der angeführten Verfassungsbestimmung. Es ist vielmehr der Thatbestand einer strafbaren Handlung gegeben, für welche die Immunität des Artikel 30 nicht Platz greift, sondern deren Verfolgung nach Artikel 31 während der Sitzungsperiode mit Genehmigung des Reichstages zulässig ist.

Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

Am Exil.

Roman von Georges Renard. Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

Es war ein warmer, klarer Nachmittag im Juli. Langsam ging man in den schattigen Wegen des Gartens spazieren. Dann nahmen alle in der Laube Platz, ja sie streckten sich sogar, unbekümmert um die Anstandsregeln der Gesellschaft, auf dem Rasen aus, auf dem Haufen von duftendem Heu in der Sonne trockneten. Unter freiem Himmel nahm auch das Gespräch einen zwanglosen, vertrauten Ton an. Jeder sprach von seinen Neigungen, seinen Wünschen, und Annette und René machten da eines an dem Wesen des anderen erstaunliche Entdeckungen. Sie bemerkten, daß sie dieselben durch Naturschönheiten ausgezeichneten Orte, dieselben Komponisten, dieselben Blumen liebten, und sie waren entzückt, als sie diese Wahlverwandtschaft feststellten. War diese Liebe für dieselben Objekte nicht eine Offenbarung ihrer gegenseitigen Liebe? So liebten sie sich durch die Vermittlung all dieser Dinge. Ja, es schien ihnen, als wäre diese Harmonie ihrer Naturen bereits der Beginn ihrer Brautzeit. René war wie berauscht von Glück und Liebe, und wenig fehlte daran, daß er sein überschwängliches Glück in die ganze Stadt hinausrief.

Wo steckte denn die gestrenge Frau Roveray, daß sie von dieser Gefahr nichts ahnte? Sie war auf vierzehn Tage verreist. Sie leitete die Einrichtung der Wohnung ihres Bruders, der seinen Aufenthaltsort gewechselt hatte. Ihre Kinder waren allein zu Hause geblieben. Annette, die mitgehen sollte, hatte so sichtlich gebeten, sie mit Henri, der nach den Ferien nach Deutschland reisen sollte, um sich dort ein Jahr aufzuhalten, zurückgelassen! Uebrigens mißbrauchte sie ihre Freiheit auch nicht. Sie würde es nicht gewagt haben, ihrem Freunde ein Rendezvous zu geben. Nur

durch Zufall (der Zufall ist ja so zufällig) begegnete sie ihm jeden Morgen auf der Straße und tauschte dann einen höflichen Gruß mit ihm. Wiederum durch Zufall begegnete sie ihm zwei oder drei Mal bei Rosa Krank. War es ihre Schuld, wenn Herr Messant seit einiger Zeit häufig in jenem Hause verkehrte? Gewiß war er lebenswürdig gegen sie, aber er machte ihr keine Komplimente, er lagte ihr keine Galanterien. Nur einmal hatten sich ihre Hände auf einem sehr schmalen Wege im Vorbeigehen — natürlich nur zufällig — flüchtig gestreift, und beide wichen sich da sofort erhöhend aus. Korrekter konnte man sich wirklich nicht benehmen.

Annette hätte alles erzählen können, ohne lügen zu müssen! Und doch brachten diese Begegnungen sie einander merkwürdig näher! Sie waren noch nicht einen Moment allein gewesen. Sie hatten noch nie von ihrer Liebe gesprochen und sich doch alles gestanden. René kannte das Geheimniß, das Annette sieben Jahre in ihrem unschuldigen Herzen gehegt hatte, und Annette wußte, daß René's ganzes Denken von ihr erfüllt war. Was sie aber nicht wußte, war, mit welcher Inbrunst er das Hohelied der Liebe sang, das immer dasselbe und doch immer neu ist, welches die Liebenden seit Beginn der Welt erfinden und wiederholen:

Alpenblume, frühlingssüß und frei,
Thausüßlich duftend Du wie holder Mai,
Annette!
Meines Herzens lichter Sonnenschein
Bist in goldenem Frohsinn Du allein,
Annette!

Wenn Du sprichst von Schelmerei, in Lust,
Athmet Balsam meine wunde Brust,
Annette!

Du bist gleich des Morgens Himmelsthaue
Klings erquickend Wald und Aue.

René hätte dieses Lied zum Preise Annette's leicht weiter fortsetzen können, denn er entdeckte mit jedem

Tage neue Vorzüge oder, was ebenso viel werth ist, neue reizende Fehler an ihr. Sie besaß eine anmuthige Schlichtheit neben einer Reife der Ideen, von der sie kein Bewußtsein zu haben schien. Sie machte aus ihrer Unwissenheit in manchen Dingen kein Geheim, während sie wieder überraschend schnell in Materien eindrang, in denen man sie für gänzlich unwissend gehalten hätte: So erklärte sie z. B., daß sie für die Theologie kein Verständniß besitze und daß sie sich für ihre Person damit begnüge, der Religion der ehrlichen Leute anzugehören. Oder sie bekannte fast mit Bedauern, daß sie trotz des Beispiels ihrer Mutter und ihres Onkels ein allerdings wenig vornehmeres Vergnügen darin fände, mit den Armen und Seringen zu verkehren, ja sogar mit den Unwissenden.

René freute und wunderte sich zugleich darüber, in ihr Bestreben und Sympathien zu finden, die auch die feinnigen waren. Er vermochte es sich zu erklären, als Henri eines Tages, als Annette Aufsichten offenbart hatte, die sicherlich weder aus ihrer Pension noch aus ihrer Familie stammten, sagte:

Nun sagen Sie einmal, wenn Sie es wagen, daß ich meine Schwester nicht gut erzogen habe!

Er dachte daran, welches Glück er empfinden würde, wenn sie erst sein Weib wäre, wenn diese schon jetzt bestehende Seelengemeinschaft noch inniger werden würde, so daß sie das Ideal der Liebeshege verwirklichten: Zwei Menschen, zwei Willen, die zu Eins verschmolzen sind.

Der glückliche René empfand in den lichten Augenblicken seiner Verzückung einige Anruhe, wenn er an Frau Roveray, die er doch unbedingt gewinnen mußte, dachte. Er sann darüber nach, wie er sich ihr nähern, wie er die Beziehungen zwischen ihr und seinen Eltern wieder anknüpfen könnte. Eine schwierige Aufgabe! Allein die Liebe ist die Königin der Welt. Die Liebe würde die Liebenden retten. Und indem er sich auf dem weichen Kissen dieser Hoffnung ausruhte, genoß er langsam die reine köstliche Glückseligkeit der leimenden Leidenschaft.

Das im vorliegenden Falle der Thatbestand einer strafbaren Handlung, insonderheit der Majestätsbeleidigung gegeben ist, kann nicht durch den Einwand widerlegt werden, man habe es nur mit einer Unterlassung zu thun. Die strafrechtliche Praxis hat festgehalten, daß die Ehrsücht gegen seine Majestät den Kaiser und König nicht nur durch Handlungen, sondern auch durch Unterlassungen verletzt werden kann. Sollte aber die beabsichtigte strafrechtliche Verfolgung nicht die erforderliche Sühne bringen, so würde daraus nur folgen, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht ausreichen, um derartige Majestätsbeleidigungen strafrechtlich zu ahnden. In diesem Falle wäre darauf Bedacht zu nehmen, die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Person seiner Majestät des Kaisers und Königs zu erweitern. Die einmütige Beurteilung, welche das unpatriotische Verhalten von Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei bei dieser Gelegenheit erfahren hat, beweist, daß das deutsche Volk sich in seinen geheiligten Gefühlen nicht ungestraft kränken lassen will.

Nach diesem Regierungsverlangen muß der Reichstag im Interesse seines Ansehens und seiner erproblichen Wirksamkeit zu diesem neuesten Attentate gegen die Freiheit seiner Verhandlungen entschiedene Stellung nehmen.

Presstimmen über die Umsturzvorlage.

Der „Reichsbote“, das fromme Pastorenblatt, schreibt: Vielleicht haben die Motive nur deshalb den Anarchismus ausdrücklich genannt und nicht auch die Sozialdemokratie, um dadurch schärfer hervorzuheben, daß es sich nur um Umsturzbestrebungen handelt; allein die Sozialdemokratie macht ja gar kein Geheim daraus, daß auch sie es auf den Umsturz abgesehen hat, so gut wie der Anarchismus, wenn auch jetzt ihre Methode zur Vorbereitung für denselben eine andere ist, als die der Anarchisten.

Wenn man gegen § 130 geltend macht, daß dann alle Kritik über Religion, Monarchie und Eigentum bestraft werden könne, so übersieht man, daß es dieser Paragraph nicht mit einfacher Kritik, sondern mit „beschimpfenden Äußerungen“ zu thun hat und dazu mit solchen, welche „den öffentlichen Frieden gefährden“. Allein und in der That kann es fraglich sein, ob es nötig ist, in diesen Paragraphen die Religion und zwar in dieser allgemeinen Gestalt, wo ihr Begriff ein zu unbestimmter ist, besonders aufzuführen, da die Religion in viel bestimmterer Weise durch § 168 des Strafgesetzbuches geschützt ist. „Religion“ nennen schließlich auch die atheistischen Freigemeinder ihren Unglauben, zu dem sich die meisten Umstürzer bekennen, und so würde diese Bestimmung zu einer Schutzwehr für diese aller schlimmste Umsturzbestrebungen. Soll die Religion in diesem Artikel stehen bleiben, so müßte das allgemeine Wort durch einen bestimmten konkreten Ausdruck ersetzt werden. (Natürlich durch den Ausdruck Christentum. Die Red.)

Das aber ist unbedenklich nötig, daß den kommunistischen Beschimpfungen des Eigentums als solches tatsächlich entgegengetreten werden muß; denn der Begriff des Eigentums ist für unsere ganzen gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse von grundlegender Bedeutung. Diese Beschimpfungen des Eigentums als solches, wie sie in der sozialdemokratischen Presse und Agitation im Schwange gehen, sind eines der Hauptmittel, den sozialen Umsturz herbeizuführen und die Volksmasse mit Haß gegen die bestehenden Zustände zu erfüllen.

Nach dem, was bisher verlautet hatte, wurden auch Änderungen oder Ergänzungen zum Vereins- und Versammlungsgesetz erwartet und es ist ja bekannt, daß gerade in Vereinen und Versammlungen der Umsturz einen sehr großen Teil seiner Arbeit that. Insbesondere war früher die Rede von einem Ausschluß der unreifen Jugend von politischen Vereinen und Versammlungen. Es ist ja keine Frage, daß es schwer ist, bei Versammlungen das Alter der Besucher zu kontrollieren, allein immerhin würde eine derartige Bestimmung eine Handhabe bieten, um einem Unfug zu steuern, und solcher ist es, wenn unreife Jungen politischen Vereinen angehören und in solchen Versammlungen das Publikum bilden, welches politische Reden nicht bloß anhört, sondern auch beurteilt, mit debattieren und Resolutionen fassen über Verhältnisse, über welche ihnen noch gar kein Urteil zusteht. Ferner war die Rede davon, der Polizei eine Handhabe zu geben, um die Genehmigung zu Versammlungen, von denen sie aus den Umständen — der Person der Einberufer, Redner u. — von vornherein weiß, daß sie einen revolutionären Charakter tragen, zu verweigern.

Unseres Erachtens wird man weitwichtige Bestimmungen nicht ganz vermeiden können, wenn man überhaupt etwas erreichen will; aber man wird dann auch für eine Polizei und für ein Gericht sorgen müssen, welche solche Bestimmungen zu handhaben verstehen.

Die „Post“ resumiert ihre Ansicht noch einmal dahin: Nicht darin liegt ja überhaupt der Fehler der Vorlage, daß sie zu weit ginge; er liegt vielmehr darin, daß sie nicht das volle Maß der

zur Abwehr der Umsturzbestrebungen notwendigen Schutzwehren enthält, sondern sich auf dasjenige knappe Maß von Vorschlägen beschränkt, welches der geringen Tragfähigkeit des Reichstages entspricht. Wenn die Gegner daher von der voraussichtlichen Wirkungslosigkeit der Vorlage sprechen, so haben sie in soweit nicht Unrecht, als die Vorlage allerdings noch nicht entfernt das zu einer wirksamen Abwehr der Umsturzbestrebungen erforderliche Maß von Schutzmitteln bietet.

Die „National-Zeitung“ äußert sich: Daß es auch in Deutschland erklärte Anarchisten giebt, ist eine Thatsache, und außerdem beweist die frivole Erörterung jener Verbrechen in der deutschen sozialdemokratischen Presse, daß — was übrigens keines Beweises bedürfte — es keine scharfe Grenzlinie zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus giebt, daß die erstere vielmehr neben Elementen, welche anarchistischen Gesinnungen durchaus fern stehen, andere enthält, für die der Uebergang von der einen zur anderen Spielart der Umsturzbestrebungen nur eine Frage der Umstände ist, und das namentlich die Methode der sozialdemokratischen Agitation der Verbreitung auch anarchistischer Gesinnungen zu gute kommt.

Unseres Erachtens sollte die deutsche Gesetzgebung, wo es nötig ist, auf die Methode verzichten, durch wenige mühevoll gefundene Worte sogar ziemlich komplizierte Absichten auszudrücken. Das Gesetz erlangt durch diese Methode zwar ein „elegantes“ Aussehen, aber die Handhabung wird gar zu leicht eine schwankende und unsichere. Engländer und Amerikaner drücken sich in ihren Gesetzen viel eingehender aus, scheuen sogar nötigenfalls eine gewisse Weitwichtigkeit nicht, damit der Richter genau wisse, was die Gesetzgebung gewollt hat. Wir sehen kein Hindernis, in den § 131a hineinzuschreiben, was die Begründung als seine Absicht angiebt: daß die Strafe nur eintreten soll, wenn der Thäter bewußt gemacht hat, daß das Gesetz verstoßenden Handlungen unter Umständen verherrlicht oder entschuldigt hat, welche Andere zu einem ausnehmenden Verhalten gegenüber der Staatsgewalt hinzuleiten geeignet sind.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ bemerkt: Im allgemeinen wird man, vorbehaltlich der Prüfung von Einzelheiten, anerkennen müssen, daß diese Vorschläge sich in sehr maßvollen Grenzen halten und das Geschrei über diesen Angriff auf unsere „kümmerlichen“ Freiheitsrechte als maßlos übertrieben erscheinen lassen.

Die „Kölnische Zeitung“ nimmt noch einmal das Wort und schreibt: In Wirklichkeit giebt sich kein Mensch der Hoffnung hin, mit der Umsturzvorlage an die Quellen hinzuzugreifen, aus denen dem sozialdemokratischen Strom seine Wildwasser zuzulaufen. Es handelt sich einfach darum, mit einem scharfen Gärtnermesser die mächtigsten Auswüchse wegzuschneiden, welche den Leib der Sozialdemokratie untranken. Es kann nicht gebühret werden, daß berufsähnliche Heher in aller Ruhe und Gemüthlichkeit die Grundlagen der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung unterwühlen und mit deutscher Gründlichkeit die Volkssee vergiften. Und wäre es lieber, wenn die Leute, die den nationalen Staat grundsätzlich bekämpfen, durch ein Sondergesetz getroffen würden, welches die übrigen Parteien nicht in ihrer Bewegungsfreiheit hemmt. Aber wir erkennen an, daß dieser Weg praktisch nach Lage der Dinge nur schwer gangbar ist, nachdem die maßgebenden Männer vor mehr als vier Jahren unter unserm lebhaftem Widerspruch einmal mit dem System des Sozialistengesetzes gebrochen haben. Heute kommt es darauf an, die gemeinrechtliche Regelung der Frage sich sorgfältig daraufhin anzusehen, ob sie nicht einem reaktionären Regiment mächtige Waffen liefert, mit denen man einer scharfen, aber loyalen Opposition in den Arm fallen kann. Wir haben uns dabei vor Augen zu halten, daß bei der herrschenden Kurslosigkeit und dem jähen Wechsel der Anschauungen, die auf schneidige Kundgebungen gegen eine bestimmte Richtung einen schneidigen Rückzug vor derselben Richtung folgen lassen, niemand in Deutschland die Bürgschaft dafür zu übernehmen vermag, daß nicht gerade die gemäßigten Parteien in absehbarer Zeit in eine entschiedene Oppositionstellung gedrängt werden können.

Im ganzen können wir nur die Hoffnung aussprechen, daß es dem Reichstag gelingen möge, dem allgemein gehegten Bedürfnis nach einer Einschränkung der revolutionären Propaganda zu entsprechen, ohne die berechtigten Formen der Opposition, der Kritik, der freien Meinungsäußerung zu treffen.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ (nationalliberal) urtheilen: Es ist eine außerordentlich weit reichende Verschärfung des Strafgesetzes, die hier vorgeschlagen wird, und die unbedingte Prüfung wird uns zeigen, daß es sich hierbei teilweise um Modifikationen des geltenden Rechts handelt, welche für die freie Erörterung der öffentlichen Angelegenheiten in Wort und Schrift eine wesentliche Erschwerung bedeuten. Wenn dieser Vorschlag (§ 130) Gesetz wird, so dürfte auch der hervorragende Jurist nicht im Stande sein, mit auch nur annähernder Bestimmtheit ein Urteil darüber abzugeben, ob ein Zeitungsartikel unter das Gesetz fällt oder nicht, die Rechtsunsicherheit wird hierdurch wesentlich verstärkt, einander widersprechende Urtheile der Gerichte werden häufig zu konstatieren sein und den Schaden davon wird nicht nur die Rede- und Schreibfreiheit, sondern auch das Rechtsbewußtsein haben. Man hätte sich wohl, außer Acht zu lassen, daß, je nach der politischen Windrichtung jede Partei durch diese Strafvorschrift in stärkstem Maße in ihrer Bewegungsfreiheit behindert werden kann. Wer wollte behaupten, daß die Schriften der Goethe, Raumann und der anderen Vorführer des evangelisch-sozialen Kongresses keine Anhaltspunkte zu der Erhebung einer Anklage nach § 130 bieten?

Die „Berliner Neueste Nachrichten“ schreiben noch einmal: Wie wir schon neulich datgethan, stellt die Sozialdemokratie sich mit solchen Kundgebungen (das bekannte Vorkommnis im Reichstag) außerhalb des Rahmens der Verfassung und verläßt damit den verfassungsmäßigen Rechtsboden. Um so geringer wird damit aber gleichzeitig die Aussicht auf ihre erfolgreiche Bekämpfung auf dem Boden des gemeinen Rechts.

Wir vermögen daher in der Umsturzvorlage, selbst wenn sie in den Hauptpunkten angenommen werden sollte, ein wirksameres Kampfmittel nicht zu erblicken. So sehr wir es einerseits mit Genugthuung begrüßen, daß die Regierungen sich zu Maßregeln zur Abwehr der gemeingefährlichen Antriebe der Sozialdemokratie entschlossen haben, nachdem die Nothwendigkeit des Handelns sich immer gebieterischer aufdrängte, so wenig können wir es uns andererseits verhehlen, daß diese Vorlage kein Geschloß enthält, das den Kern der Bewegung zu zerbrechen vermag. Eine außerhalb des verfassungsmäßigen Rechtsbodens stehende Gegnerschaft kann von diesem Rechtsboden aus, unter doctrinärem Festhalten an dem Gebiet des gemeinen Rechts, mit Erfolg nicht bekämpft werden. Die Vorlage enthält daher gegen die Sozialdemokratie zu wenig, dagegen unterwirft sie ihren Bestimmungen die Gesamtheit der Staatsbürger und fordert damit dem gemeinlichen Rechte aller gegenüber zu viel. Die Vorlage geht, wie wir dies vorgestern schon angedeutet haben, gegenüber der Gesamtheit der Staatsbürger zu weit, gegenüber der Sozialdemokratie nicht weit genug.

Der Reichstag möge daher ja prüfen, ob es sich nicht empfehlen möchte, den beabsichtigten Zweck sofort durch eine Spezialgesetzgebung ins Auge zu fassen, anstatt sich zuvor durch ein für die Gesamtheit der Staatsbürger lästiges Gesetz zu belasten, das nach keiner Seite hin Erfolge in Aussicht stellt und höchstens ein der Sozialdemokratie zu gute kommendes Mißvergnügen hervorruft oder verwehrt.

Die „Korrespondenz für Zentrumskämpfer“ schreibt: „Dem Grafen Caprivi bleibt das Verdienst, diese Vorlage, an welche sich so gefährliche hinterlistige Spekulationen knüpften, in maßigen Grenzen gehalten zu haben, so daß sie das Wesen einer Konflikt-Vorlage verloren hat. Auch die begehrten Anhänger der Zwangspolitik, welche auf die Verschärfung des Strafgesetzes sehr hohen Werth legen, werden angesichts dieser Paragraphen zugeben müssen, daß Sein oder Nichtsein des Staates nicht gerade davon abhängt und daß die Sozialdemokratie durch deren Inkraftsetzung nicht vernichtet und auch durch die Ablehnung nicht zum Triumph geführt wird. Um diese Paragraphen einen Wahllampf zu veranlassen, würde dem Volk unverständlich bleiben. Es handelt sich (im § 131) um die berücksichtigten „erdichteten und entstellten Thatsachen“. Unter diesem Paragraphen hat mancher ehrliche Mann schon gelitten, obgleich das geltende Recht ihn nur sassen will, wenn er weiß, daß sie erdichtet oder entstellt sind, diese Thatsachen verbreitet. Was soll nun erst werden, wenn der Richter nicht einmal mehr an den Nachweis der Willentlichkeit gebunden ist, sondern den Verbreiter der Thatsachen schon bestrafen kann, wenn der Betreffende den Umständen nach annehmen mußte, daß die Thatsachen erdichtet oder entstellt seien! Das ist die gefährlichste Bestimmung in der ganzen Vorlage. Sie wird bei einiger Erregung der Partei gegen die bürgerliche Opposition schwerer treffen, als die Umstürzer, gegen die sie doch angeblich gerichtet sein soll.“

Ferner ist es sehr fraglich, ob die Vermehrung der Ursachen zur vorläufigen Beschlagnahme von Zeitungen erträglich ist. Das würde eine Polizeivollmacht, und die scheuen wir mehr, als eine Verstärkung der richterlichen Macht. Durch ewiges Konfiszieren kann man eine unbequeme Zeitung ruinieren, auch wenn es niemals zu einer Beurteilung kommt. Wie wäre es mit einer sehr hohen Entschädigung bei unbegründeten Beschlagnahmen?

Die „Germania“, das Berliner liberale Organ, äußert sich noch einmal: Eine vorsichtige Behandlung der Umsturzvorlage ist selbstverständlich dringend geboten. Man kann zwar nicht sagen, daß die Vorlage tendenziös abgefaßt, absichtlich mit Fingergeln ausgestattet worden sei. Aber die Fixierung des Thatbestandes auf diesem Gebiete ergibt naturgemäß meist keine feste Schranke, sondern läßt für Polizei, Staatsanwalt und Gericht weiten Spielraum.

Die jüngere Generation ist nicht geschult darin, welcher Vorsicht es bedarf, sollen nicht durch anscheinend harmlose oder sogar schön, berechtigt und notwendig erscheinende Paragraphen auch andere Bestrebungen getroffen werden, als in den Worten bezeichnet zu sein scheinen, notwendige Freiheit un sicher gemacht, beschränkt oder gar unterdrückt werden.

Die „Staatsbürger Zeitung“, das Organ der Antisemiten Altwald, schreibt: Die sogenannte Umsturzvorlage ist in der vorliegenden Form unannehmbar, weil sie eben weniger ein Gesetz gegen den Umsturz darstellt, als die Möglichkeit bietet, die Freiheit der öffentlichen Meinung in einer Weise zu beschränken, wie sie sich umfassender kaum denken läßt. Die Vorlage enthält vielfach so unbestimmte und debetäre Begriffe, daß kein Mensch die Grenze ziehen kann, bis zu welcher diese angewandt werden können; sie ertheilt so viel diskretionäre Gewalt an die jeweiligen an der Spitze stehenden Personen, daß es vollständig in deren Hand liegen würde, nach subjektivem Ermessen zu verfahren. Jede berechtigte Kritik könnte mit ihrer Hilfe unterdrückt werden, so daß ein solches Gesetz als Maulkorbgesetz im schärfsten Sinne des Wortes bezeichnet zu werden verdient, und deshalb kann keine unabhängige Partei, die sich das Recht der freien Meinungsäußerung nicht ganz verkümmern lassen will, dieser Vorlage zustimmen, sondern nur ein durch und durch gouvernementales Gemüth, das gewohnt ist, sein Denken stets der herrschenden Richtung anzubehalten.

Als staatsgefährlich können nur die Bestrebungen gelten, die sich gegen die Grundpfeiler des staatlichen Lebens richten und darauf ausgeben, die heutige Staatsform zu beseitigen und an ihre Stelle andere Gebilde zu setzen. Das ist allein Umsturz, das ist revolutionär, und dies hätte in bestimmter Form ausgesprochen werden müssen, um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß das Gesetz eben nur gegen diesen revolutionären Umsturz gerichtet sei, und von vornherein in entschiedener Weise der Möglichkeit vorzubeugen, die Verschärfung der Strafgesetzbestimmungen auch nach anderer Richtung hin anzuwenden. Der Mangel an Klarheit hierüber macht die Vorlage wie gesagt unannehmbar.

Zwar ist in der allgemeinen Verbindung der Vorlage ausdrücklich von den anarchistischen Bestrebungen die Rede, und kein national, vaterländisch und monarchisch gesinnter Staatsbürger wird einen Augenblick zögern, zu deren Bekämpfung die Hand willig zu reichen.

§ 130 will ... auch den mit Strafe belegt wissen, der die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigentum durch beschimpfende Äußerungen öffentlich angreift. Hier fehlt in zwei Punkten die Klarheit, und zwar in Bezug auf den Begriff Religion und das Eigentum. Wäre an Stelle von Religion christliche Religion gesagt, so wären wir vollständig damit einverstanden. Würde aber die vorgeschlagene Fassung Gesetz, dann müßte doch z. B. erst einmal festgesetzt werden, ob vielleicht auch eine Kritik des Talmud darunter fielen.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Der Gesetzentwurf bedroht die Verherrlichung einer ganzen Reihe von Verbrechen mit Strafe, so die Rechtfertigung des gewaltthätigen Widerstandes gegen Beamte, der öffentlichen Zusammenrottung, des Landfriedensbruchs u. Es muß, wenn diese Strafandrohung Gesetz werden soll, gefordert werden, daß auch diejenigen strengstens bestraft werden, die den Staatsfriede, den Verfassungsbruch, die Aushebung des Reichswahlrechts durch einseitigen Beschluß der Fürsten rechtfertigen, preisen oder beschwören. Napoleon III. hat sich durch Meißel und Gewalt zum Kaiser der Franzosen gemacht. Was könnte kräftiger erscheinen, seine Thaten zu verherrlichen oder zu brandmarken, seine Vergewaltigung der rechtmäßigen Regierung oder aber den thätigen Widerstand gegen seine Herrschaft zu rechtfertigen?

Das „Berliner Tageblatt“ meint, es habe recht gehabt, als es seiner Zeit die bekannte Rede Liebknecht's in Stuttgart nach der Ermordung Carnot's als die tiefere Ursache der Umsturzvorlage hinstellte. Die deutsche Vorlage, schreibt es, tritt damit auf den Boden, den Frankreich mit der Strafgesetznovelle vom 12. Dezember 1803 und vom 28. Juli 1804 eingeschlagen hat, geht aber in Strafmaß (bis drei Jahre Gefängnis) noch über das französische, unter dem unmittelbaren Eindruck der Ermordung Carnot's votirte Gesetz (Höchstbetrag der Gefängnisstrafe zwei Jahre) hinaus.

Der „Börsen-Courier“ sagt: Das Gesetz selbst, das kein Anzeichen eines Kampfes sein will und sein soll, darf sich nicht gegen eine bestimmte Partei oder eine Reihe von benannten Parteien wenden, sondern muß bestimmte Handlungen, gleichviel von wem sie ausgehen, zu treffen suchen. Es ist jedoch nicht nötig, bei der Erörterung eines derartigen Vorschlags das Bekenntnis zu vermeiden, daß es sich um einen Gesetzentwurf gegen die Umsturzpropaganda handelt, die von den Sozialdemokraten und den ihnen mehr oder minder verwandten Parteien, als da sind: Agrarier, Anarchisten, Antisemiten, betrieben zu werden pflegt. Es muß ferner ganz offen bekannt werden, daß viele, die eine Stärkung der Machtmittel des Staates in der genannten Richtung wünschen, hauptsächlich die Sozialdemokratie und den Anarchismus im Auge haben.

Wir getrauen uns nun zu behaupten, daß die neue Vorlage

VIII.

Herr und Frau Messant waren aus Paris entzückt von ihrem Aufenthalt dort zurückgekehrt. O dieses Paris! Welch' Leben! Welch' hinreißender Schwung in allem! Welch' Fieber und welche Fülle von ständig neuen Bildern! Nicht enden wollten ihre Erzählungen über all' die Dinge, die sie getroffen hatten. Lucien, der den Staatsdienst verlassen hatte, um in Paris eine große Fabrik zu leiten, sang an, in seinem Glück als gehäffelter Gatte und junger Vater stark zu werden.

„Ach, wir haben zusammen so viel von Dir gesprochen, mein armer René sagte seine Mutter zärtlich.“

Auch die Familie ihres Veters Dubourg hatte mit Interesse nach ihm gefragt.

„Ja, unterbrach der alte Messant sie, jetzt, da sie wissen, daß wir sie nicht brauchen! Ich wollte keinen Fuß über ihre Schwelle sehen. Ich habe es nicht vergessen, daß sie zwei Schritte von hier gewesen sind, ohne uns ein Lebenszeichen von sich zu geben.“

René stimmte zu. Aber seine Mutter fuhr mit sanfter Beharrlichkeit fort:

„Ich habe ihnen einen Besuch gemacht. Man muß vergessen können, mein lieber Sohn, wenn man in der Welt vorwärts kommen will. Sie haben mich sehr gut aufgenommen. Sie sehen nun, daß es uns an nichts fehlt. Und dann habe ich ihnen erzählt, daß Du hier sehr geachtet und beliebt wärest, daß Du eine sehr schöne, sichere Stellung hättest. Es ist doch besser, man erregt ihren Neid, als ihr Mitleid, nicht wahr?“

Erinnert Du Dich, René, der kleinen Marceline, ihrer Tochter? Weißt Du, daß sie jetzt ein hübsches, brünettes Mädchen von sechzehn Jahren ist und mindestens eine Mitgift von 100 000 Franks bekommt?“

Als René diese Anspielung recht verstand, betonte seine Mutter nachdrücklich:

„Das wäre eine Partei, die wir in Erwägung ziehen müßten, wenn wir wieder in Frankreich sind.“

„Ja, aber wann werden wir dorthin zurückkehren? unterbrach der alte Messant sie. Die Amnestie ist jetzt noch ebenso zweifelhaft wie früher.“

(Fortsetzung folgt.)

nicht dazu angethan ist, der sozialdemokratischen oder anarchistischen Propaganda auch nur merkliche Unbequemlichkeiten zu bereiten, geschweige denn sie zu hindern oder ihr den gefährlichen Charakter zu nehmen. Es ist demnach das Gesetz auch von dem Standpunkte aus, daß man seine Absicht als berechtigt anerkennt, als verfehlt zu betrachten.

Man kann ein sehr überzeugter Monarchist sein und doch bestreiten, daß ohne die monarchische Idee eine gedeihliche Entwicklung unserer politischen Zustände nicht gedacht werden könne. Das ist eine ganz beweislose Behauptung, die man im Deutschen Reich und in einem ein deutsches Reichsgesetz motivierenden Altentwurf gar nicht aufstellen sollte. Denn das Deutsche Reich ist gar keine Monarchie und auch in seinen einzelnen Theilen nicht durchweg monarchisch. Noch heutigen Tags gehören dem Deutschen Reich drei Republiken an, und das Reich in seiner Gesamtheit hat keine monarchische Spitze.

Der „Frankfurter Zeitung“ telegraphirt ihr Berliner Korrespondent: „Für die schließliche Entscheidung der sogenannten Umsturzvorlage fallen, wie bei den meisten Abstimmungen in diesem Reichstage, die rund 100 Stimmen des Centrums ausschlaggebend ins Gewicht. Es ist deshalb von Bedeutung, daß gerade die Zentrumsblätter bisher eine zweifelhafte Haltung einnehmen, aus der das letzte Wort der Partei sich nicht mit der Sicherheit erkennen läßt, wie dies bei anderen Parteien jetzt schon der Fall ist.“

Die „Leipziger Volks-Zeitung“, unser Bruderblatt, schreibt folgendes: Wer den Wortlaut der „Umsturz“-Vorlage einmal durchliest, kommt zu dem Schlusse, daß wir es mit einem vollen Angstprodukt der Herrschenden zu thun haben. Die blasse Furcht hat dem weisen Schrecken die Feder geführt, und aus jedem Buchstaben der Paragrafen, aus jeder Zeile der Motive lebt die gitternde Erregung des Bürgerthums über den Fortschritt der Sozialdemokratie. Wo ist da der „Muth der Kaltblütigkeit“, wovon die Offiziere des Grafen Caprivi in der „Wiener Politischen Korrespondenz“ selbstbewußt gesprochen haben? Gerüchten wie ein Bovist. Gebieten aber ist das offene Eingeknallen der Macht, daß sie auf den Kampf mit geistigen Waffen endgiltig verzichten, daß allein die mechanischen Mittel der Zwangsgesetze den Ausschlag geben sollen in der weltgeschichtlichen Auseinandersetzung zwischen Arbeiterklasse und Besitzenden. Der Konstablerismus, die Mittelpolitik, die die Polizei als Rettungswinkel ausruft, das Zuchthaus zum Abheilungsmittel der tiefsten gesellschaftlichen Uebel erhebt und auf die Befreiungsbewegungen des Proletariats mit einer wahrhaft vorderrussischen Schwermüthigkeit reagirt, dieser Konstablerismus hat sich in der Vorlage offen und ungeschönt aufgethan, die den Namen des Fürsten Hohenzollern trägt.

Ein milder Kreis von sechsundsiebzig Jahren, hinfällig, ein Bild des dem Grabe nahen Alters, der die jugendfrische, blicksam-jahre Sozialdemokratie mit den Gewaffen der schönen Reaktion bekämpft, in der That das treffende Symbol des Streites der alten Welt mit der neuen, der abgelebten, verfallenen, absterbenden Gegenwart mit der hoffnungstreudigen, siegesgesicherten Zukunft.

Wie täuschen sich die Staatsmänner über die Einsicht der Masse, die vorgeschritten genug ist, zu erkennen, daß hier das Sozialistengesetz in höchster Potenz unter anderem Namen auf der Bühne erscheint! Was wird die Wirkung sein? Der Groll über das Zwangsgesetz wird sich vervielfachen, die Erbitterung des Volkes ins Ungemessene steigern, die Launen werden aufgestreift, die losenbühnen Arbeiter zu dreifach festem Zusammenhalte mit elementarer Gewalt gedrängt werden. Da die Gewaltthäter Wind fassen, werden sie Sturm ernten, und ihr letztes Unternehmen wird elendiglich scheitern.

Die „Rheinische Zeitung“, unser Kölner Partei-Organ, urtheilt über den Gesetzesvorschlag: Die Bearbeitung des „Umsturz“-Vorlages, die wir heute nebst dem Wortlaute des Gesetzesentwurfes mittheilen, hebt mit geistlichem Nachdruck wiederholt hervor, daß die Vorlage hauptsächlich gegen die anarchistischen Bestrebungen gerichtet sei und für jedermann ohne Unterschied der Partei das gemeine Strafrecht erweitere, und sucht die Nothwendigkeit dieser Erweiterung damit zu rechtfertigen, daß die anarchistische Propaganda neuerdings auch in Deutschland sehr zugenommen habe. Letztere Behauptung erscheint zum mindesten sehr anfechtbar, vermöchte aber, selbst wenn sie erwiesen wäre, doch nicht die unbestimmten Ausdehnungen der Strafgewalt zu motiviren, die der Bundesrath beantragt und die zu den willkürlichsten Auslegungen führen könnten. Auch zeigt der Hinweis auf eine verbreitete Tagespresse und deren Wirksamkeit, daß das Gesetz, obwohl mit den Handlungen der Anarchisten begründet, doch thatsächlich gegen die Sozialdemokratie, ihre Zeitungen und Schriften angewandt werden soll. Die Brücke zwischen den beiden Gegensätzen Anarchie und Sozialismus wird in der Begründung ebenso einfach als lässig mittels zwei Bindestrichen hergestellt, indem zuerst nur von anarchistischen und dann ohne weiteres von „anarchistisch-sozialistischen“ Bestrebungen gesprochen wird. Im Reichstag wird wohl an diesem schwachen Punkte der Vorlage zuerst Kritik geübt werden. Für uns ist diese geschickte Verwechslung des Anarchismus mit der Sozialdemokratie, die ihn zuerst und am entschiedensten bekämpft hat, ein neuer Beweis, daß gewisse Persönlichkeiten, welche unter dem Deckmantel unserer Partei in den letzten Zeiten an verschiedenen Orten bemüht waren, Sozialismus und Anarchie für ein und dasselbe zu erklären, wissend oder unwissend nur für reaktionäre Zwecke gearbeitet haben.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 10. Dezember.

Die Stellung der Parteien zu der Umsturzvorlage ist ziemlich genau festzustellen. Daß die Freisinnige und Süddeutsche Volkspartei, die Antisemiten und Sozialdemokraten gegen die Vorlage, die Nationalliberalen und beiden konservativen Parteien für dieselbe stimmen werden, bedarf keiner langen Beweisführung. Entscheidend für das Schicksal der Vorlage ist aber die Haltung des Centrums, das, falls es geschlossen stimmt, den Ausschlag giebt, während dann die anderen kleinen Parteien nicht ins Gewicht fallen. Die Ansetzungen der Zentrumsblätter lassen vorläufig noch keinen sicheren Rückschluß auf die Haltung der Partei zu. Aus den Kreisen der Zentrums-Abgeordneten liegt vorläufig bloß die Aeußerung des Reichstags-Abgeordneten Schaedler vor, der in einer Versammlung im Wahlkreise Mainz-Oppenheim erklärte, daß er die Rantschulparagrafen der Vorlage ablehne.

Herr Staatsanwalt Benedix und der „Sozialist“. Am Sonnabend voriger Woche war, wie schon so oft, das hier erscheinende Blatt „Der Sozialist“ konfisziert worden, und zwar diesmal wegen der beiden in Nr. 50 enthaltenen Artikel „Die Arbeitslosen“ und „Der Selbstmord“. Damit schien die Sache erledigt. Aber es sollte anders kommen, denn wir leben ja im Zeichen des Umsturzes.

Am Montag Nachmittag in der sechsten Stunde erschienen in den Geschäftsräumen des „Sozialist“ Herr Kriminalkommissarius Bösel mit sieben Schulheuten, und diese Herren konfiszierten dort, trotz des Widerspruchs des Expedienten, Alles, was sich überhaupt konfisziiren ließ. Nicht nur die Manuskripte und die redaktionellen Briefe wurden beschlagnahmt, sondern auch die

geschäftlichen Papiere der Druckerei, Rechnungen, Geschäftsbücher, Briefe, Abonnementslisten des „Sozialist“ u. s. w. Ja, die Schriftsetzer mußten von ihren Pulken zurücktreten, um sich durch die Polizei die gerade in Arbeit befindlichen Manuskripte vor der Nase wegnehmen zu lassen. Schließlich wurde noch der Expedient Böhrer per Drohknecht in seine Privatwohnung gefahren, um dort einer durch dieselben Beamten vorgenommenen Hausdurchsuchung beizuwohnen (wobei aber nichts gefunden wurde), während der Redakteur des „Sozialist“, Petersdorf, der gleichzeitig Inhaber der Druckerei des „Sozialist“ ist, verhaftet wurde und sich zur Stunde auch noch in Haft befindet. Als Grund für alle diese Maßregeln, für die uns in der neueren Geschichte der sogenannten Kulturländer die Beispiele fehlen, wurde Anweisung des Staatsanwalts Benedix angegeben.

Der gegenwärtig wehende frische Wind, der uns vor wenigen Tagen erst die Umsturzvorlage zugetrieben hat, scheint auch auf die Staatsanwälte und auf die Polizei sehr belebend gewirkt zu haben. Es wird wirklich gemüthlich in Deutschland!

Ist der Adler ein Fisch? Zu einer vorzüglichen Probe auf die feige Unterwürfigkeit der bürgerlichen Presse hat die Kieler Kaiserrede den Anlaß gegeben. Kein einziges bürgerliches Blatt Berlins hat es gewagt, an der Auffassung des Kaisers von den Kriegserträgen der gegen das Römerreich vordringenden Germanen- und Keltensämme Kritik zu üben. Widerspruchlos haben sie alle es als verbürgte historische Thatsachen gelten lassen, daß die über die Alpen herabziehenden Kimbern Germanen waren, daß sie vor der Schlacht durch Seten Gott die Ehre gaben, daß sie den Sieg errangen, weil sie sich mit Ketten zusammengeflochten hatten — alles wenigstens ansehbar, zum Theil nachweislich irrtümliche Angaben. Sie haben sammt und sonders dazu geschwiegen. Für sie gilt, auf eine andere Person zugeköpft, der im Interesse der päpstlichen Unfehlbarkeit geprägte Satz: „Imperator locutus, causa finita est.“ — „Der Kaiser hat gesprochen, die Sache ist damit erledigt.“

Die Erfahrung, die wir hier wieder einmal mit dem Mannesmuthe unserer bürgerlichen Presse gemacht haben, bringt uns eine Fabel in Erinnerung; wir fanden sie vor einiger Zeit in dem „Bahren Jakob“, der, tiefer Weisheit voll, es trefflich versteht nach horazischen Recept „mit Lachen die Wahrheit zu sagen“. Da wird von einem Kaiser in China erzählt, dem gerathen wurde, seine Unterthanen dadurch auf die Probe zu stellen, daß er einen Ausspruch von verblüffender Originalität thäte. Er hielt denn auch eine große Rede, in deren Verlauf er behauptete: „Der Adler ist ein Fisch.“ Da erklärten nach einander die Blätter aller Färbungen, die einen mit Phrase, die anderen ohne Phrase, daß der Adler ein Fisch sei; nur das „rote“ Blatt verweigerte dieser durch kaiserliche Autorität festgestellten neuen naturwissenschaftlichen Wahrheit seine Anerkennung und wurde dafür mit irgend einer für umstürzlerische Gesinnung festgesetzten Strafe bedacht.

Unsere patriotischen Vorkämpfer für Ordnung, Sitte und Religion sind dieser chinesischen Vorbilder vollkommen würdig. Sie wären auch bereit, mit grinsender Unterthanenemuth allergehoramsamst zu melden: „Ja, der Adler ist ein Fisch!“

Das Präsidium des Reichstages, die Herren von Levetzow, Febr. v. Duol-Verenberg und Dr. Bürlin, wurden Sonntag Mittag 1 Uhr im Neuen Palais bei Potsdam vom Kaiser in besonderer Audienz empfangen. Der Kaiser begrüßte die Herren auf das freundlichste und freute sich über ihre Wiederwahl. Er kam sodann auf die erste Sitzung im neuen Reichstagsgebäude zu sprechen und auf die bekannte tumultuariische Scene. Der Kaiser bezeichnete den Vorgang als sehr bedauerlich, erblühte aber darin weniger eine gegen seine Person gerichtete Demonstration, als vielmehr eine schwere Beleidigung der Institutionen des Reiches und besonders des Reichstages selbst, der durch ein solches Vorgehen schwer verletzt werde. Ein solcher Vorgang beweise deutlich die Nothwendigkeit der sogenannten Umsturzvorlage und könne deren Erledigung nur fördern.

„Einen unzweifelhaften taktischen Erfolg“ der Sozialdemokraten („Umsturzpartei“) nennt die „Kreuz-Zeitung“ die moralische Züchtigung, welche in der letzten Donnerstag-Sitzung des Reichstages den Urheber der bekannten Standbühne durch die sozialdemokratischen Abgeordneten zu Theil wurde. Wir erkennen die Wahrheitsliebe der „Kreuz-Zeitung“ umso mehr an, als das Junkerblatt dieselbe auf Kosten seiner eigenen Leute betätigt.

Die Blinde Justitia. Der Fall, daß ein Unschuldiger eingesperrt und der Schuldige freigelassen wurde, ist schon oft vorgekommen, daß aber ein Gericht dies in vollem Bewußtsein thut, ist wohl noch nicht vorgekommen, außer gegen den Sozialdemokraten Ed. Schmid, den Redakteur der „Münchener Post“. Der „Frankfurter Zeitung“ wird hierüber aus München geschrieben:

„Der Redakteur des Münchener sozialdemokratischen Organs war in zwei Instanzen wegen eines Artikels, durch den sich elässische Richter beleidigt fühlten, zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden, obwohl er erklärte, zur kritischen Zeit gar nicht in München gewesen zu sein und seine Kenntniß von dem Artikel gehabt zu haben. Irre ich nicht, so ist Beweiserhebung hierüber nicht zugelassen oder den Angaben der Zeugen kein Glauben geschenkt worden. Nun hat sich dem Redakteur der Verfasser des Artikels genannt. Daraus hat der Redakteur wiederum die Annahme des Verfahrens. Das Landgericht hat aber den Antrag abgelehnt. Es hat zugegeben, daß die vorgebrachten neuen Thatsachen geeignet wären, eine Freisprechung zu begründen, der Antrag sei aber abzulehnen, weil der Angeklagte den jetzt angeführten Sachverhalt schon früher in dem Verfahren gekannt habe und ihn aus eigenem Verschulden nicht geltend gemacht habe, weil er hoffe, Freisprechung zu erzielen. Woraus das Gericht diese Annahme gründet, wird nicht gesagt.“

Ordnungsgütern. Unsere kürzliche Mittheilung über den Pirnaer Bankrott haben wir dahin zu berichtigen, daß sich nicht die beiden bekannten Direktoren erschossen haben. Der eine Herr Bankdirektor hat vorgezogen, sich im Gefängnis zu erhängen. Es wurde ihm bequemer gemacht, denn er benutzte hierzu die Schnur seines möglichen Schlotrodes, welchen man ihm in wohlwollender Weise ins Gefängnis hatte zustellen lassen. Gegen gelangene Sozialdemokraten pflegt man nicht so freundlich zu sein. Es sei hier nur an den Fall Eichhorn in Dresden und an den Fall Peus in Magdeburg erinnert. Freilich, Sozialdemokraten haben auch keinen Grund, aus Furcht vor der Schande Selbstmord zu begehen.

Bei diesem Bankrott ist neben vielen hundert Anderen ein sehr ordnungstheuerer Landmann aus dem Regen in die Traufe gekommen. Derselben war vor kurzer Zeit sein Gut abgebrannt und er hatte sieben sein Brandfahrgeld, gegen 48 000 Mark, erhalten, das er in größtem Vertrauen bei der Pirnaer Bank anlegte. Leider wurde er schon den nächsten Tag gewarnt, daß die Bank geschlossen und sein Schatz für immer verloren war. So züchtet man Sozialdemokraten im Staat der Religion, Ordnung und Sitte.

Fuchsmühl. Aus München wird telegraphirt, daß eine dortige Zeitung wegen der Besprechung der Ereignisse in Fuchsmühl fünf Anklagen wegen groben Unfugs erhalten hat. Nun, so ist endlich die bayerische Regierung gerechtfertigt.

Die ungarischen Kirchengesetze wurden nun endlich von der Krone sanktionirt. Als Opfer für dieses dem Monarchen abgerungene Zugeständniß dürfte aber das Ministerium Wackerle fallen.

Frankreich. Man schreibt uns aus Paris, 9. Dezember. In der gestrigen Kammer Sitzung hat nach Schluß der Generaldebatte über das Budget von 1895 Dejeante die Regierung wegen einer ihn betreffenden Hausdurchsuchung interpellirt. Dejeante hat nämlich gemeinsam mit dem sozialistischen Gemeinderath seines Viertels, Genossen Vertaut, einen Laden gemiethet, der beiden als Bureau dient, wo sie zeitweilig ihre Wähler empfangen. Im Auslagefenster dieses Ladens war unter anderem auch ein belgisches Journal, „La Caserne“ (Die Kaserne) ausgehängt. Am letzten Mittwoch wurde nun in Abwesenheit der beiden Eigentümer dieses Ladens derselbe von der Polizei geöffnet und das betreffende Blatt konfisziert, was Dejeante vor der Kammer in sehr scharfen Worten rügte. Die Regierung, sagte er, hatte es nicht nöthig, bei ihnen einbrechen zu lassen, da sie vor einem Abgeordneten und einem Gemeinderath stehe, die nicht die Gewohnheit hätten, sich ihrer Verantwortlichkeit zu entziehen. Und was das Blatt selbst anbelange, daß sich gegen die stehende Armee wie gegen den herrschenden Kriegszustand ausspreche und die Soldaten daran erinnere, daß sie, ehe sie unter die Fahnen berufen, Proletarier waren, deren einziger Feind das Parasitenthum sei, werde es in Belgien frei vertrieben, und er glaubt annehmen zu können, daß was in einem monarchischen Lande erlaubt sei, in einem republikanischen nicht verboten wäre, eine Annahme, zu der er sich um so berechtigter glaubte, als gegen die „Caserne“ kein Verbot vorliege. Eine von ihm unterbreitete Tagesordnung, die die Regierung tabelt, die Freiheit und das individuelle Eigenthum eines Bürgers verlehrt zu haben, fand natürlich nichts weniger als die Zustimmung der sozialistischeren Kammer, die denn auch, nachdem die Regierung einfach Uebergang für Tagesordnung verlangt hatte, denselben mit 452 gegen 56 Stimmen votirte.

In der Affäre Allez, die gestern vor Gericht gelangte, ohne indeß erledigt worden zu sein — die Schlussverhandlung wurde für nächsten Sonnabend anberaumt —, scheint, wie bei allen Unternehmungsschwindeln und Lieferungs betrügereien, die ganze Schuld irgend eine untergeordnete bedienstete Persönlichkeit treffen zu sollen. Der Sachverhalt ist in Kürze folgender: Allez hatte vom Kriegsministerium die Lieferung von für Ambulanzwagen bestimmte Behälter übernommen. Bei der Lieferung zeigte sich, daß dieselben aus dünnerem Blech verfertigt wurden als das Modell war. Sie wurden darum zurückgewiesen und mit dem Stempel R (d. i. refus = zurückgewiesen) versehen. Bei der neuen Lieferung zeigte es sich, daß es die alten Behälter waren, nur wurde, um ihnen das Gewicht des Modells zu geben, ein zweiter Boden angefügt und gleichzeitig der Stempel R verlöscht. Allez erklärte nun, daß er wohl die Lieferung, aber nicht die Fabrication unternehmen habe und schiebt darum die ganze Schuld auf den Sublieferanten, während dieser wieder die ganze Schuld auf seinen Werkführer abwälzt, der gegen seine Anordnung gehandelt haben soll. Schließlich wird es sich vielleicht noch herausstellen, daß der ganze Betrug von einem Lehrling ausgegangen sei. Wer wird denn aber auch einem Manne wie Allez, der Ritter der Ehrenlegion ist — ich hätte bald gesagt: Kommerzienrath, da diese Affäre zu sehr an gewisse Schienensicker erinnert — eines Betruges zeihen wollen!

Zeichen der Geschäftskrisis in Frankreich. Aus Paris wird uns unterm 7. Dezember geschrieben: Die Finanzverwaltung hat soeben das Ergebnis der indirekten Steuern und Staatsmonopole für Monat November veröffentlicht. Daraus ergibt sich, daß über 10 Millionen weniger vereinnahmt wurden als im Budget vorgesehen war und nahezu um 7 Millionen weniger als in der gleichen Periode des vorigen Jahres, was wohl ein sicheres Zeichen von dem Rückgang der Geschäfte ist. Und da hat die Regierung die Stirne, die Arbeitslosigkeit zu leugnen!

Bei den gestrigen Stichwahlen in Alost (Belgien) zwischen zwei Katholiken und zwei Christlich-Sozialen erhielt der Katholikführer Woeste 27 559 Stimmen und der Christlich-Soziale Daens 26 633 Stimmen. Nach dem Bekanntwerden des Resultats begab sich eine ungeheure Volksmenge vor die Wohnung Daens und brachte denselben Ovationen dar.

70 470 000 Franken (ca. 64 Millionen Mark) beträgt das italienische Defizit.

Folgende Interpellationen wurden in der Kammer zu Rom am 6. Dezember verlesen, die Crispi nächsten Dienstag zu beantworten sich bereit erklärte:

1. (Interpellation der Sozialisten.) Gegenüber der gewaltthätigen Verletzung aller durch die Verfassung gewährtesten öffentlichen Freiheiten, die in den letzten Monaten von demjenigen geschehen ist, die die Regierungsmacht in Händen haben; gegenüber dem unerhörten Mißbrauch der Ausnahmegesetze, welche die Regierung und das Parlament ausdrücklich unter Verpändung ihrer Ehre als nicht anwendbar auf die Sozialisten und die organisirten Arbeiter erklärt haben, die aber trotzdem von der Regierung unter Hervorrufung unsägliches Elendes und mit Erzeugung des erbittertesten Massenhaßes gerade gegen die sozialistische Partei Italiens angewandt worden sind, fordern die Unterzeichneten den Ministerpräsidenten und den Minister des Innern auf, der Kammer Aufschluß zu geben über eine Regierungspolitik, die eines zivilisirten Landes ganz unwürdig ist. Agnini, Badaloni, Berenini, Ferri, Prampolini.

2. (Interpellation der radikalen Linken.) Die Unterzeichneten fordern Aufschluß vom Ministerpräsidenten über das die verfassungsmäßige Ordnung umstürzende Verfahren und Vorgehen, das in den letzten Monaten in der inneren Politik angewandt worden ist, über die empörenden Willkürmaßregeln, die auf Grund der wortbrüchig angewendeten Ausnahmegesetze verhängt worden sind; über die Gewaltmaßregeln, die durch Vernichtung jeder persönlichen Freiheit im politischen Leben, in Wort und Schrift und im Versammlungsrecht Italien, im Widerspruch mit seiner revolutionären Geschichte vor aller Welt bloßstellen und die schimpflichsten Praktiken der Knechtschaft heuchlerisch im Namen der Freiheit ausüben. Imbriani, Bovio und Genossen.

3. Der Unterzeichnete wünscht vom Ministerpräsidenten und vom Justizminister und Siegelbewahrer zu wissen, was sie gegen diejenigen politisch bekannten Bürger — (hier füge der Leser hinzu: Giolitti und Rosano) — zu thun gedenken, die erklärt haben, wichtige Dokumente zu besitzen, welche die Verwaltung der Justiz — (lies: den Bankprozeß Tonlongo) — betreffen.

Colajanni. Daß der zugleich mit Giolitti in die Unteruchlung der Dokumente verwickelte Abgeordnete Rosano sein Mandat niedergelegt hat, wissen die Leser schon. Die scandalösesten Enthüllungen stehen in Aussicht. Da aber an der Unteruchlung der Dokumente vor allem auch Crispi selbst theilhaftig ist und sodann der König Humbert eine höchst bedenkliche Rolle in dieser Sache spielt, so wird Alles schließlich wahrscheinlich im Sande verlaufen. Am 9. Dezember trat die von Giolitti einberufene Jury aus Vertretern aller nichtsozialistischen Parteien zusammen. Derselben wollte Giolitti die in seinem Besitz befindlichen Dokumente bezüglich der Banca Romana zur Verfügung stellen. Die Verammlung beschloß, von den Dokumenten nicht Kenntniß zu nehmen und rieth Giolitti, dieselben zu veröffentlichen.

Die Kommissionen für den Zwangswohnsitz fahren in ihrer Thätigkeit fort. Aus Genua, aus Forli und aus Ravenna werden neue Verhaftungen und Vorführungen vor das Zwangsgericht gemeldet. Die Angeklagten sind meist frühere Beamte der aufgelösten sozialistischen Vereine. In Mantua wurde ein sozialistischer Professor an der Hochschule, Giovanni Zibordi, zu drei Monaten Zwangswohnsitz verurtheilt.

Crispi hat sich jüngst in der Jesuitenkirche zu Rom mit seiner jetzigen dritten Frau Lina, verheiratete Passavini, kirchlich trennen lassen, um seiner Tochter den Millionär-Schwiegerohn Fürsten Linguaglossa zu sichern. Crispi's zweite Frau, von der er geschiedlich und eherechtlich niemals geschieden war, lebt noch heute.

Die Empörung der Gemüther über Crispi's Schandwirthschaft ist schon am 8. Dezember in der Kammer in Rom zum vorläufigen Ausbruch gekommen. Crispi selbst beschwor den Ausbruch des Sturmes herauf. Am Schluß der Beantwortung einer Frage an den Unterrichtsminister erhob sich Crispi und brachte die Frage Colajanni's über die Unterschlagung der Dokumente aufs Tapet. Er erklärte gleich jetzt, diese Frage werde er — am nächsten Dienstag — nicht beantworten. Man möge abwarten, was die hier allein kompetente Justizbehörde beschließen werde. Da stand in bestiger Erregung Colajanni auf und rief: Eine solche Antwort hatte ich von Euch erwartet; Ihr wollt ausweichen, Ihr wollt fliehen, weil Ihr Furcht habt für Euch selbst!

Crispi (mit verächtlicher Theatergeste): Das Wort Furcht steht nicht in meinem Vexikon!

Da erhob sich die gesammte Linke in furchtbarem Tumult; die Rechte schreit dagegen. Aber aller Lärm wird überhört durch die laute Stimme Brampolini's, die hell und klar durchdringt und dem Ministerpräsidenten zuruft:

Und doch solltet Ihr Furcht haben, Herr Crispi, Ihr, der Ihr keine Scham habt! Verlaßt den Sitz, den Ihr schändet! Ihr seit verloren als Politiker, verloren als Bürger! Denn Ihr seid selbst ein deplorato! (Zu deutsch: Beklagter, der technische Ausdruck für die Betheiligten am Bankdiebstahl), Ihr seid ein deplorato der Banca Romana, ein deplorato in der Unterschlagung der Dokumente!

Der Tumult steigt auf dem Gipfel. Alle Mitglieder der Linken klatschen wie rasend Beifall und beglückwünschen Brampolini. Die Rechte reagirt nur schwach dagegen, zumal ihr fortwährend die Nase entgegenstellen: Bankdieb! deplorato! — Crispi sikt todtenbleich. Sein Auge fällt auf Giolitti, seinen Vorgänger im Amt, der höhnisch lächelnd, die Hände in den Hosentaschen, die ganze Szene behaglich an sich vorbeiziehen läßt. Giolitti, obwohl scheinbar der Hauptangeklagte in der Unterschlagung, hat offenbar Crispi in der Tasche, er weiß, daß er jeden Augenblick den Ministerpräsidenten Crispi als gemeinen Verbrecher entlarven kann.

Die Sitzung mußte gleich darauf abgebrochen werden. Vorher kündigte Colajanni an, daß er seine Anfrage wegen der Dokumente am nächsten Dienstag als Interpellation wiederholen würde.

Nachwahl zum englischen Parlamente. Unser Londoner Korrespondent schreibt über die letzte Nachwahl, in der die Liberalen wieder einen Parlamentsitz verloren haben, das folgende: Der größtentheils ländliche Wahlkreis „Brigg“ Distrikt in Lincolnshire ist mit 4877 gegen 4800 Stimmen den Konservativen in die Hände gefallen. Wie es scheint, haben die Farmer vielfach aus Wuth über das Kirchspiel-Vertretungsgesetz, das sich vor ihren Augen zum ersten Mal in die Praxis umsetzte — stramm konservativ gewählt, so die Landarbeiterstimmen nicht genügt, den Ausfall weit zu machen. Die Wahl ist in dieser Hinsicht für die hiesigen Agrarverhältnisse sehr bezeichnend und ich behalte mir deshalb vor, auf einige Details des Wahlkampfes noch zurückzukommen. Für die allgemeine Situation ist der Wahlausfall ein weiteres Anzeichen, daß die bevorstehende allgemeine Wahl eine konservative Mehrheit ins Parlament zu bringen verspricht. Und es steht fast so aus, als ob im Lager der liberalen Parteiführer man über dieses Ergebnis nicht einmal besonders unglücklich sein würde.

Religionskrieg in Rußland. In den letzten Tagen haben in der Ukraine blutige Zusammenstöße zwischen Polizisten und Anhängern der Stundistenfekte stattgefunden.

Chinesisch-japanischer Krieg. (Es liegen die folgenden Meldungen vor:

Dem „Neuter'schen Bureau“ wird aus Washington gemeldet: Nach einer hier eingetroffenen Depesche ist ein chinesischer Gesandter ernannt worden, welcher sich behufs Unterhandlungen über den Friedensschluß nach Japan begeben wird.

Aus Yokohama wird dem Bureau Neuter gemeldet: Die erste japanische Armee soll bis Furanten vorgeückt sein und würde nächsten Fushou angreifen. Die zweite Armee wird in nächster Zeit gegen Peking vorrücken. — Die japanische Regierung verhandelt wegen des Engagements von 8000 Trägern für den Dienst der Armee.

Parteinachrichten.

Partei-Konferenz. Für die Parteigenossen von Hessen und Waldeck findet am zweiten Weihnachtsfeiertag in Kassel ein Parteitag statt mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Stellungnahme zur Agitation in der Provinz. 3. Unsere Presse. 4. Anträge der Delegirten.

Zur Landtagswahl in Württemberg wird uns geschrieben: Während in diesen Wahlkreisen die bürgerlichen Parteien immer noch auf der Suche nach Kandidaten sind, ist innerhalb der sozialdemokratischen Partei schon lange alles geregelt; unsere Genossen treten alle überall muthig in den Wahlkampf ein, keine Gelegenheit wird veräußert, um zu agitieren, jeder nach seiner Weise und seinen Fähigkeiten. Schon seit längerer Zeit finden an jedem Sonntag an allen Ecken und Enden Württembergs Versammlungen statt, in welchen meistens die sozialdemokratischen Kandidaten sich ihren Wählern vorstellen, unterstützt von rednerischen Genossen, die nicht als Kandidaten aufgestellt sind. Zu dieser ausgiebigen mündlichen Agitation tritt nun auch die schriftliche. Am 16. Dezember wird im ganzen Lande die Verteilung des ersten sozialdemokratischen Flugblattes vorgenommen, welches in einer Auflage von 200 000 Exemplaren verbreitet wird. Dasselbe enthält in klarer Weise die Forderungen und Ziele der Sozialdemokratie und erläutert das Programm, das von den Sozialdemokraten zur Landtagswahl aufgestellt ist, und dem selbst von unseren Gegnern das Zeugnis ausgestellt wurde, daß es an Klarheit und revolutionärem Charakter nichts zu wünschen übrig lasse. — Der Landesvorstand fordert durch Bekanntmachung in der „Tagwacht“ und durch Zirkulare die Genossen und Mitgliedschaften auf, überall ihre Pflicht zu thun und für unsere Sache neue Streiter zu werben.

Bei den Gemeinderathswahlen in Kappel brachten unsere Genossen die zwei Kandidaten der Unanfassigen zum Siege.

Allerhand Stegmüllereien. Unter dieser Epithete bringt der Chemnitzer „Beobachter“ eine recht zeitgemäße Mahnung an die Parteigenossen. Es heißt dort: Im Agitationsbezirk des „Beobachter“ finden jetzt überall Gemeinderathswahlen statt, zum Theil haben sie schon stattgefunden. Unsere Genossen betheiligen sich an denselben, weil sie in den Gemeindevorstellungen, wenn

auch nicht für die Ziele der Sozialdemokratie agitieren, so doch immerhin Lasten von den ärmeren Gemeindefassen abwenden können. Eben weil sie dies thun, haben sie auch überall Erfolge; in vielen Vertretungen sitzen unsere Genossen und sind den Gegnern schon häufig recht unangenehm geworden.

Wenn dergestalt die Genossen in den einzelnen Orten der Partei zu Erfolgen verhelfen und durch die Thätigkeit im Gemeinderath der Bevölkerung zeigen, daß die Sozialdemokratie nicht den „blutigen Umsturz“ will, sondern das Wohl des Volkes beständig erstrebt, so muß eine solche Agitation mit allen Mitteln unterstützt werden. Dagegen muß aber auch von den Genossen verlangt werden, daß überall da, wo sie als Sozialdemokraten den Kampf mit den Gegnern aufnehmen, dies in einer Weise geschieht, die der Partei keine Unehre macht. Leider ist dies nicht überall der Fall. Die Sucht, um jeden Preis einige Genossen in die Gemeindevorstellungen zu bringen, hat zu einer Art der Taktik geführt, welche wir deshalb unter keinen Umständen billigen können, weil sie zur vollständigen Unterdrückung des Klassencharakters unserer Bewegung und damit zur Verjüngung und Verwässerung führen muß.

Die erste Forderung, welche wir an die Genossen stellen, ist die: bei Wahlen in der Gemeinde selbständig vorzugehen, eigene Kandidaten aufzustellen und sich von den gegnerischen Gruppen, auch wenn dieselben sich arbeiterfreundlich gebärden, zu trennen. Wo es nicht möglich ist, eigene Kandidaten aufzustellen, da sollen die Genossen von einer Betheiligung absehen oder Bahlenthaltung proklamiren, damit der Gegner mit einer lächerlich geringen Stimmenzahl gewählt wird und sich somit nicht als Arbeitervertreter bezeichnen kann. Wo man sich aber betheiligt, da soll man auch mit aller Energie den sozialdemokratischen Standpunkt betonen.

Dies geschieht, wie gesagt, nicht immer. Es sind uns Flugblätter zu Gemeinderathswahlen zu Gesicht gekommen, in denen das Wort „Sozialdemokrat“ oder „sozialdemokratischer Kandidat“ auch nicht ein einziges Mal gebraucht wird, dagegen wird den Anfassigen, den Hausbesitzern, alles Mögliche versprochen, nur damit auch in dieser Klasse unsere Liste siegt.

So, noch mehr. In Zschopau fanden dieser Tage Stadtverordnetenwahlen statt. Vergebens warteten wir, daß die dortigen Parteigenossen eine eigene Liste aufstellen und durch das Partei-Organ, den „Beobachter“, zur Wahl auffordern würden. Es geschah nichts dergleichen. Wir trauten unseren Augen kaum, als wir in gegnerischen Blättern jetzt lasen, daß der Wahlverein Zschopau mit einer bürgerlichen Gruppe, dem Bürgerverein, eine Liste aufgestellt hatte! Auf dieser Liste haben sich, wie man uns mittheilt, auch Militärveteranen befunden! Da ist es ganz erklärlich, daß sich Zustände herausbilden müssen, wie seinerzeit in Zschopau, wo ein von den Genossen gewählter Stadtverordneter, der sich Sozialdemokrat nannte, (Otto heißt der Brave!) im Stadtverordneten-Kollegium sich mit Händen und Füßen wehrte, umfängerischer Sozialdemokrat zu sein. Die Liste des Bürgervereins und des Wahlvereins ist denn auch verdrängert worden durchgefallen.

Ein anderes Bild. In Lugau fand dieser Tage Gemeinderathswahl statt. Unsere Genossen haben einen aus unseren Reihen als Vertreter der Unanfassigen nicht aufgestellt. Warum, darüber sind sie uns noch Antwort schuldig. Kurz vor der Wahl erhalten wir von einem dortigen Genossen einen Eilbrief mit folgender Aufforderung an die Arbeiter, bestimmt zur Veröffentlichung im Partei-Organ: „Unanfassige Wähler von Lugau! Wiederum steht die Gemeinderathswahl bevor. Leider sind wir nicht in der Lage, einen Genossen aufzustellen, aber um die Widerwahl des betreffenden jetzigen Ausschreitenden, Bergdirektor Müller, der bei jeder Gelegenheit sucht, die Rechte des Volkes zu schmälern, zu verhindern, schlagen wir Herrn Bergdirektor Otto Richter vor. Arbeiter von Lugau, thut eure Pflicht und wählt den von uns vorgezeichneten Kandidaten.“ Wir vermochten nun nicht einzusehen, daß es die Pflicht der Bergarbeiter sei, einen Bergdirektor mit der Arbeitervertretung zu betrauen und nahmen die Aufforderung nicht an. Eine Erklärung ist uns der Einsender bis jetzt schuldig geblieben. Wir meinen, wenn die Genossen keinen eigenen Kandidaten hatten, wäre es taktisch richtig gewesen, Stimmenthaltung zu proklamiren. — Die Ausführung dieser Stegmüllereien soll nur dem Zwecke dienen, die Genossen anspornen, stets das Prinzip im Auge zu behalten. Möge sie diesen Zweck nicht verfehlen.

Ueber die Leipziger Stadtverordnetenwahlen werden uns aus Leipzig noch folgende interessante Einzelheiten mitgetheilt:

Zunächst ein kurzer geschichtlicher Rückblick. Bis zum Jahre 1890 ernannte die hiesige sogenannte „Gemeinnützige Gesellschaft“ die Stadtverordneten. Die Wahl war eine Farce. Die von der genannten gutgesinnten Gesellschaft herausgegebenen Stimmzettel wurden am Wahltag von einigen tausend wahlberechtigten Bürgern abgegeben und die vorgezeichneten Kandidaten wurden glatt gewählt. Dieser idyllische Zustand änderte sich mit einem Schlage, als, nachdem mit der Einverleibung der Leipziger Vororte begonnen worden war, die Sozialdemokratie auf dem Plane erschien, die vordem in einer Reihe von Gemeinden ganz respectable Vertretungen besaßen hatte. Da die Ordnungsparteien sich in der Mehrheit wußten, wurde nun auch für das durch die Einverleibungen gewaltig erweiterte Stadtgebiet das vorher in Alt-Leipzig herrschende Listen-Wahlsystem beibehalten und so unter dem neuen Stadtrezimement die zahlreichste Bevölkerungsschicht, die Arbeiterklasse, von jeder Betheiligung an der Verwaltung ausgeschlossen. Eine planmäßige unangesehene Agitation für die Verbreitung der Sozialdemokratie, sowie namentlich auch für die Erwerbung des Bürgerrechts hatte den Erfolg, daß sich die sozialdemokratischen Stimmen beständig steigerten. Es wurden abgegeben 1890: 2280, 1891: 4287, 1892: 4850, 1893: 5914. Schon das Resultat der 1893er Wahl hätte der Sozialdemokratie zwei Mandate zuzahlen lassen, wenn nicht durch ein ordnungsparteiliches Wahlschwindel-Manöver ca. 600 Stimmen, die den Kandidaten des bürgerlich-oppositionellen Städtischen Vereins zugebacht waren, für die ordnungsparteiliche Liste ergattert worden wären. Dem Siege so nahe, entfalteten unsere Parteigenossen im Laufe des letzten Jahres eine so tiefgreifende und erfolgreiche Agitation für die Erwerbung des Bürgerrechts, daß die Entgestimmten Angst und Schrecken erliefen. Der schmähliche Bürgerrechts-Verweigerungsakt des Leipziger Stadtraths wurde erlassen. Die zu seiner Grundlagene genommene rechtsbeugende Gesetzesinterpretation wurde aber infolge der geharnischten Proteste der Sozialdemokratie von der Kreishauptmannschaft für null und nichtig erklärt und der Ulaß selbst dem Stadtrath zerrissen vor die Füße geworfen. Obwohl damit die Bestrebungen sozialistischer Arbeiter auf Erwerbung des Bürgerrechts als gesetzlich berechtigte anerkannt waren, fuhr der Leipziger Stadtrath fort, die Verleihung des Bürgerrechts auf alle Art und durch die kleinlichsten Mittel zu erschweren. Alles vergeblich! Die Herrschaft der Ordnungsparteien stand weiter auf dem Spiele! Ihrem Falle mußte durch die Einführung des Dreiklassen-Wahlrechts vorgebeugt werden, dergestalt, daß für die dritte Klasse auch noch Bezirkswahlen eingerichtet und bei der Wahlkreis-Eintheilung die bekannte Geometrie in Anwendung gebracht wurde.

Und das Resultat der Wahlen der dritten Klasse? In zwei Wahlkreisen wurden mit 3210 gegnerischen Stimmen (inklusive der des bürgerlich-oppositionellen Städtischen Vereins) gegen 2418 sozialdemokratische Stimmen die Kandidaten der Ordnungsparteien, in den zwei anderen Wahlkreisen mit 6031 sozialdemokratischen Stimmen gegen 2416 gegnerischen Stimmen die Kandidaten der Sozialdemokratie gewählt. Insgesamt stehen 8449 sozialdemokratischen Stimmen 5626 ordnungsparteiliche Stimmen gegenüber. Die Leipziger Sozialdemokratie kann mit diesem Resultat zufrieden sein.

Ohne Verschleierung ihrer Prinzipien und unter beständiger Betonung ihrer Endziele betrieb die Sozialdemokratie die Wahlorganisation. Unter dem Schlagtrufe „Nieder mit dem Umsturz, sonst geht demnach alles drunter und drüber!“ zogen die Ordnungsparteien in den Wahlkampf. Aber selbst in der Stadt, in der einst das Leipziger Schweinsknochenorgan die unbestrittene Führung besaß und den Ton angab, hat das rothe Gespenst, die Furcht vor dem „Umsturz“, begonnen, seine Wirkung zu verlieren — das ist das Facit der letzten Leipziger Gemeindevahlen.

Die Anhalter Parteigenossen haben auf ihrer letzten Konferenz beschlossen, daß die Partei sich an den Landtagswahlen in verschiedenen Kreisen betheiligen soll.

Zum Braunschweiger Boykott. Die Verhandlungen, die zwischen den Vertretern des Braunschweiger Brauereiverbands und der dortigen Boykottkommission vor einigen Tagen stattgefunden, haben zu keinem Resultate geführt. Trotzdem es sich um die Einstellung von nur 19 Mann, schließlich sogar nur von 14 Mann handelte, lehnten die Unternehmer diese Bedingung ab, versprachen jedoch, dieselben in anderen Betrieben unterbringen zu wollen. Daraus erklärte die Boykottkommission, hierauf nicht eingehen zu können, sondern die Entscheidung einer Volksversammlung überlassen zu müssen.

Die Mannheimer „Volksstimme“ protestirt gegen die Auffassung, die ihre (der „Volksstimme“) Bemerkungen über den jüngsten Parteistreit seitens „Mehrerer Genossen aus Sachsen“ in unserer letzten Donnerstag-Nummer gefunden haben. Nach genauem Durchlesen jener Bemerkungen müssen wir allerdings sagen, daß die Auffassung „Mehrerer Genossen aus Sachsen“ der Mannheimer „Volksstimme“ Unrecht getan hat. Wenn aber die „Volksstimme“ meint, wir hätten im Hinblick auf die Grundlosigkeit der Auffassung das Schreiben „Mehrerer Genossen“ gar nicht aufnehmen sollen, so muthet sie uns damit ein Verfahren zu, das sich mit „Neutralität“ in diesem Streit nicht vertragen hätte.

Todtenliste der Partei. Ein noch jugendlicher Mann, der Genosse Karl Fiedler in Großsch, hat, wie der „Leipz. Volksztg.“ mitgetheilt wird, Hand an sich gelegt. Sein letzter schriftlicher Gruß an seine Freunde lautet: „Freunde! Parteigenossen! Ich suche den Tod. Ich soll auf Befehl meines Vaters den „Wahren Jakob“, „Postillon“, die „Leipziger Volkszeitung“ und andere sozialistische Schriften nicht mehr lesen. Bei dem Arbeiter-Bildungsverein soll ich mich abmelden. Die Portraits von Marx, Lassalle, Robert Blum, Töcke, sowie die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten mußte ich von der Wand entfernen. Ich soll eben nicht Sozialdemokrat werden. Darum suche ich den Tod. Verdammt nicht mich! Ich war ja Euer. Großsch, den 6. Dezember 1894. Karl Fiedler.“ — Gewiß ein trauriges Geschick. Können wir auch seine Handlungsweise nicht gutheißen, denn jedenfalls hätte es für ihn, den jungen Mann, gewiß noch einen anderen Ausweg gegeben, so wird sein Andenken doch in Ehren gehalten werden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In Jümenau war am 28. September eine öffentliche Volksversammlung, in der Frau Steinbach aus Hamburg sprechen sollte, verboten worden. Am gleichen Tage fand aber auch eine Vereinsversammlung des Schneiderverbandes statt und Frau Steinbach, die ebenfalls Mitglied dieses Verbandes ist, nahm auf Einladung an dieser Theil. Diese Versammlung wurde aufgelöst und erhielten 24 Theilnehmer Strafmandate von je 30 M., der Vorsitzende und die Referentin von je 50 M. Auf eingelegte Berufung gegen die Strafverfügung fand nunmehr unterm 28. November die Verhandlung vor dem Schöffengericht statt und hatten sich die Angeklagten wegen Theilnahme an einer unter ordnungswidriger Bekannmachung polizeilich verbotenen, dessen ungeachtet abgehaltenen öffentlichen sozialdemokratischen Volksversammlung zu verantworten. Aus der über vier Stunden währenden Verhandlung ging hervor, daß eine öffentliche Volksversammlung nicht stattgefunden habe und zweitens die Angeklagten die ihnen zur Last gelegte Absicht, das Verbot umgehen, oder demselben zuwider handeln zu wollen, nicht gehabt haben. Das Gericht nahm daher an, daß es sich um eine bloße Vereinsversammlung gehandelt habe, die aber ihres sozialpolitischen Charakters halber 12 Stunden vorher und unter Angabe von Zeit und Ort hätte angemeldet werden müssen. Da das Unterlassen der Anmeldung nur dem Weiter der Versammlung zur Last gelegt werden kann, so wurde derselbe zu einer Strafe von 75 Mark und zur Tragung der auf seinen Theil entfallenden Verhandlungskosten verurtheilt, die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Gegen das Urtheil hat der Vorsitzende, Genosse Haberland, die Berufung bereits eingelegt.

Genosse Baumüller, Redakteur der „Magdeburger „Volksstimme“, hat am Sonnabend eine 18tägige Gefängnisstrafe angetreten.

Genosse Krause in Stade wurde vom dortigen Landgericht zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt, weil er ein Gedicht vorgelesen hatte. Dasselbe sollte Aufreizung zum Klassenhaß enthalten.

Gehausucht wurde dieser Tage in der Redaktion der „Norddeutschen Volksstimme“ in Bant nach dem Manuskript einer Notiz, die bereits am 6. August erschienen ist. Wunderbar naiv zu glauben, daß eine Zeitungsredaktion 3 Monate lang die Manuskripte für den Staatsanwalt aufbebt.

Zu den Sprachreinigungs-Aposteln gehören jedenfalls die Dresdner Richter nicht. „Der Fachgenosse“, Fachblatt für Glasarbeiter, war seit Jahren mit dem Vermerk versehen: Verantwortlich für Verlag und Schriftleitung G. Horn.“ Hierin soll nun auf einmal ein Vergehen liegen und er erhält Horn einen amtstrichterlichen Strafbefehl von 15 M. Die Unterscheidung soll zu unbestimmt sein und den Anforderungen des Pressgesetzes nicht genügen. Wenn es heißen würde, verantwortlich für Redaktion u. s. w., so wäre Horn jedenfalls strafrei ausgegangen. Es ist also lediglich die Vermeidung des Fremdwortes, die den Genannten hier strafbar macht. Das Schöffengericht bestätigte an sich die amtstrichterliche Auslegung, nur ermäßigte es die Strafe auf 10 M.

Die Arbeiterdemonstrationen, die am 14. Oktober in Krakau stattgefunden haben, etwa 20 Theilnehmer auf die Anklagebank gebracht, gegen die letzte Woche verhandelt wurde. Der Schuhmachergehilfe Adalbert Sulwinski wurde zu sechsmonatlichem und der Rauchfanglehrer-Gehilfe Simon Wilczynski zu viermonatlichem Kerker verurtheilt. 17 Angeklagte, darunter Thaddäus Keger, Redakteur des Krakauer Parteiorgans, erhielten Arreststrafen von einem Monate bis zu einer Woche. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Die Verurtheilten meldeten die Nichtigkeit des Beschlusses an.

Deveschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau. Cetinje, 10. Dezember. Heute früh 4 Uhr wurde hier ein starker Erdstöß verspürt, der jedoch keinen Schaden anrichtete.

Reggio di Calabria, 9. Dezember. Heute Abend 5 1/2 Uhr ereignete sich wiederum ein ziemlich heftiges Erdbeben. Es herrschte eine große Panik.

Reggio di Calabria, 9. Dezember. Seit gestern Morgen herrscht hier ununterbrochen starker Regen, wodurch die Lage der ärmeren Bevölkerung noch mehr verschlimmert und die Schäden an den Gebäuden vergrößert wurden. Mehrere Häuser sind eingestürzt. Gestern Abend wurde ein schwacher Erdstöß verspürt. Die Panik ist geringer, jedoch nicht ganz geschwunden.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierboykotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte aufs Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Aussperrung, nach monatelangen Entbehrungen dreihundert Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden, dreihundert Mann, von denen keiner Schuld an dem Boykott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Strecke bleiben. An der barbarischen Doppelbestimmung des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Rache verlangt die Vernichtung von weiteren dreihundert Existenzen. Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Ansinne ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die Klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisierten Arbeiter dulden, daß ein

ehrlöcher Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Boykott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Boykott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Boykotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen!

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernerhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an Euren Opfermuth appellieren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thatkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns ausgegangen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handschuh aufgenommen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende, Arbeiter! Euer Klassen-Interesse nicht bloß, Eure Klassen-Ehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg! Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Boykott!

Die Boykott-Kommission.

Boykottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlberg, Friedrich Reichenkron, Char Lottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Wilsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschloßchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Rathenower Exportbrauerei-Niederlage, Jnh. Max Demhardt, N.W., Hainoverstr. 18a, Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde, Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. O., Niederlage Greifswalderstr. 228.
- Phönix-Brauerei, C. Radon, Pichterfelde.
- Brauerei Jagdschloßchen, Eberswalde, Niederlage Edm. Kenter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Tivoli, Strausberg, Niederlage Stabernad, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Vellermannstr. 71a/72.
- Brauerei Königs-Wusterhausen, Niederlage Reichenbergerstraße 33.
- Brauerei Danz, Freienwalde a. O., Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Ludenwalde, Niederlage Gust. Spieckermann, Krautstr. 48, Tel. VII. 1487.
- Export-Brauerei Grabow a. O. bei Stettin, Niederlage Marthen, Vellermannstr. 6.
- Brauhaus Hohen-Schönhausen bei Berlin.

Zum Bierboykott.

Sie wollen den Frieden nicht! Das Zentralorgan der Ringbier-Größen, die „National-Zeitung“, bringt die folgenden, sehr bezeichnenden Ausführungen:

„Wie wir hören, haben sich neuerdings die Saalbesitzer nochmals als Vermittler zwischen der Boykottkommission und dem Verein der hiesigen Brauereien angeboten und dabei auf die Schädigung der kleinen Gastwirthe und eines Theiles der Saalbesitzer, sowie darauf hingewiesen, daß die ringfreien Brauereien bei längerer Andauer des Boykotts immer konkurrenzfähiger würden. Auch sollen sie nach Sondirung der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer abermalige Verhandlungen über den Arbeitsnachweis vorgeschlagen haben, da dieser, nachdem die angeblich dem Hungertode überlieferten 33 Brauerei-Arbeiter inzwischen Anstellung gefunden haben, der einzige streitige Punkt geblieben sei. Die vereinigten Brauereien haben darauf erwidert, daß sie die bedauerliche Lage eines großen Theils der Gastwirthe leider anerkennen müßten, aber annehmen, daß die Letzteren nicht sie dafür verantwortlich machen werden. Die Brauereien glauben ihre Bereitwilligkeit zur Beilegung des Streites ihrer Ehre und Rechte als Arbeitgeber, durch ihre Erklärung vom 17. Mai, wonach sie sich zur Wiederanstellung der entlassenen Arbeiter verpflichteten, falls bis zum 24. Mai der Boykott über die zuerst in Verruf erklärten sieben Brauereien aufgehoben sei, sowie durch die wiederholten Verhandlungen mit der Boykott-Kommission genügend bewiesen zu haben. Aus dem Verlauf dieser Verhandlungen glaubt der Verein aber den Schluß ziehen zu sollen, daß, wenn auch einzelne Führer der sozialdemokratischen Partei einem Frieden geneigt sein mögen, dieselben doch des zum Abschluß eines solchen notwendigen Einflusses auf die Partei entbehren. Unter Anerkennung der vermittelnden Bestrebungen der Saalbesitzer erklären die vereinigten Brauereien auf weitere Verhandlungen mit der Boykott-Kommission nicht eingehen zu können, bevor die sozialdemokratische Partei selbst ein unzweideutiges Bedürfnis zum Frieden bekundet hat. Dagegen seien sie im Begriff, dem für das Braugewerbe vorhandenen Bedürfnis eines Arbeitsnachweises durch gütliche Einigung mit denjenigen Arbeitern abzuhelfen, welche sich ihnen in diesem Kampfe nicht feindlich gegenüber gestellt hatten.“

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird sich durch diesen Schreckschuß nicht besonders imponiren lassen, wohl aber liegt jetzt auch dem Blödesten klar vor Augen, daß es einzig die Großbrauer sind, die den Frieden mit der Arbeiterschaft nicht wollen. Sei es drum. Mögen die großen Ringbrauereien weiter hoffen, im Trüben fischen zu können, mögen sie in schlauer

Berechnung die Zeit abwarten, wo die Kleinen, die sich in ihren Krallen befinden, völlig zum Verschwinden reif sind; uns kann es recht sein. Das sind Interna der Ringbrauer, die diese unter sich anzukämpfen haben. Was aber die Öffentlichkeit und speziell die Arbeiterschaft interessiert, das ist die jetzt klar vor Augen liegende Thatsache, daß die führenden Geister im Ringbierheere auch in den Verhandlungen mit der Boykottkommission ein elendes Possenspiel getrieben haben; durch die vorliegende Mittheilung wird auch denen, die der Achtung der Dreihundert nicht die gebührende symptomatische Bedeutung beilegen mochten, mit aller nur wünschenswerthen Deutlichkeit bewiesen, daß es Herrn Köfide und seinen Paladinen auch damals nimmermehr um einen ehrlichen Frieden zu thun war. Die Arbeiterschaft wird sich mit dieser Thatsache abzufinden wissen, sie thut weiter ihre Pflicht, wie sie bislang sieben Monat hindurch den Boykott mit aller nur fühlbaren Schärfe zur Geltung gebracht hat. Sie wird auch ferner die Opfer der Doppelbestimmung nach Kräften unterstützen; und die Herren, welche nimmermehr trachten, durch das altbekannte Mittel des Arbeitsnachweises einen Keil in die Brauereibewegung zu treiben, werden bald genug inne werden, daß ihr Bemühen vergeblich ist. Für die Arbeiterschaft gilt es aber fortan kräftiger denn je, nicht nur den Boykott durchzuführen — dieser Aufforderung bedarf es wahrlich kaum — sondern auch der Opfer der brutalen Maßregelung zu gedenken und für deren Unterstützung mit voller Energie zu sorgen.

Die Saalbesitzer aber, die sich nunmehr ein halbes Jahr hindurch von den Großbrauereien haben nachführen lassen, sehen, was es mit der platonischen Liebe ihrer Gönner auf sich hat. Sie verdienen kein Mitleid. Mögen sie sehen, wie sie mit Herrn Köfide und seinesgleichen fertig werden. Die Arbeiterschaft Berlins wird es heute mehr denn je als Ehrenpflicht erachten, ihre Räume zu meiden.

Lokales.

Die Sprechstunde des Rechtsanwalts wird heute in der Mittagsstunde von 12^{1/2} bis 1^{1/2} Uhr abgehalten.

Ringbierjammer. Im „Lokal-Anzeiger“ stand vor einigen Tagen folgende Annonce: Herzliche Bitte. Ein Familienvater, Mitte der 40er Jahre, mit Frau und 8 kleinen Kindern, welcher als Gastwirth im Norden durch den Bierboykott, da derselbe kein ringfreies Bier schänkte, vollständig ruiniert aus dem Geschäftsherausgehen mußte und nun aller Mittel bar, und der peinlichsten

Freie Volksbühne.

Mit der Aufführung des dreitägigen Schauspiels „Hildegard Scholl“ von Bernhard Westenberger und Eugen Croissant, das am Sonntag Nachmittag im „National-Theater“ zum ersten Male gegeben wurde, lenkt die „Freie Volksbühne“ wieder in diejenige Bahn ein, die ihr bei ihrer Begründung mit Recht als Hauptrichtung vorgezeichnet worden war. Sie sollte solchen Stücken ein Publikum schaffen, die, obgleich sie künstlerisch werthvoll sind, doch wegen ihrer, gegen gewisse Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft gerichteten Tendenz von Bühnenleitern zurückgewiesen werden müssen, die aus geschäftlichen Gründen auf das bürgerliche Publikum als das am meisten zahlende angewiesen sind. Im Dezember-Hefte der Vereins-Zeitschrift „Die Volksbühne“ wird dieser Punkt berührt, und es wird bedauert, daß die oben bezeichnete Aufgabe in der letzten Zeit weniger Berücksichtigung habe finden können. Gerade sie sei bei allem sonstigen schönen Gelingen im Laufe der Jahre etwas in den Hintergrund getreten; in erster Linie und vornehmlich aus Mangel an brauchbaren Stücken. Ich halte diese Begründung für vollkommen ausreichend, um die vorfichtige Zurückhaltung des die neuen Stücke prüfenden Ausschusses zu erklären und zu rechtfertigen. Diejenigen Vereins-Mitglieder, die rasch unzufrieden werden, wenn sie ihre persönlichen Wünsche nicht genügend berücksichtigt glauben, oder wenn trotz aller Vorsicht bei der Auswahl der Stücke doch einmal ein Mißgriff gethan worden ist, — ich selber habe lange zu diesen rasch Unzufriedenen gehört, — diese Mitglieder, sage ich, können aus den oben zitierten Ausführungen abnehmen, daß die künstlerische Leitung der „Freien Volksbühne“ eine schwierige und manchmal vielleicht auch eine undankbare Aufgabe ist. Mit der Aufführung von „Hildegard Scholl“ dürfte sich aber der Ausschuss den Dank aller Mitglieder verdienen haben. Ich halte das „Experiment“, dieses Schauspiel vor die „Freie Volksbühne“ zu bringen, für glänzend gelungen. Das Stück ist nach Verdienst gewürdigt worden und hat einen tiefen Eindruck gemacht, der sich in lebhaftem und warmem Beifall kundgab.

Situation ausgesetzt ist, bittet Geldbedenkende um recht baldige Beschäftigung am Bierbuffet oder jeglicher Art. Bittender ist mit der Feder vertraut und in Rechtsverhältnissen sehr bewandert. Beste Ankaufste zu Diensten. Gefällige Offerten werden erbeten unter Chiffre W. 1166 in der Filiale Expedition d. W., Weisenburgerstraße 3.

Ja, warum hat denn der Mann kein boykottfreies Bier geschänkt, wo er doch beim Ringbier seinen Untergang vor Augen sehen mußte?! Dieses Bittgesuch enthält in der That eine schwere Anklage gegen die Ringbier-Bourgeoisie, die die Wirthe, welche sich zu Ehren der staatlichen Ordnung und der Doppelbestimmung selbstlos opfern wollten, so miserabel im Stiche ließ.

Zu der Bußtagsfeier im königlichen Schloß nimmt nun auch die „Berliner Zeitung“ Stellung. Andere freisinnige Blätter, wie das „Berliner Tageblatt“, die „Vossische Zeitung“ und die „Freisinnige Zeitung“, schweigen immer noch. Auch scheinen „Staatsbürger-Zeitung“ und „Reichsbote“ noch keinen Muth zu haben, sich mit dieser klassischen „Feiertagsentheiligung“ zu befassen.

Wenn ein Gewerbetreibender, so meint die „Berliner Zeitung“, seine Gehilfen am Sonntag über die gesetzliche Frist hinaus beschäftigt, so wird er von dem vigilirenden Schutzmänn aufgeschrien oder von der Ueberwachungskommission der Pader, Hausdiener und Kutscher denunziert. Wenn aber der Staat Sonntags arbeiten läßt — ja, Bauer, das ist etwas anderes! So berichtet das „Volk“, daß die Vorhalle des Reichstags-Gebäudes und ein Theil der nach der Sommerstraße zu gelegenen Räume in den Abendstunden des ersten Adventsontages feenhaft erleuchtet waren; innen wie außen wurde geklopft und geklopft. Sehr zutreffend bemerkt das Blatt, daß die Behörde durch Verstärkung der Arbeiterzahl doch wirklich die Arbeiten so weit hätte beschleunigen können, daß eine Jubiläumstage der Feiertage nicht nöthig geworden wäre. In gleicher Weise, so meldet das Blatt weiter als Neugierigkeit, hat am Bußtag die Verwaltung des königlichen Schlosses gegen die Sonntagsruhe gesündigt. Dort wurde nicht nur die Nacht zum Bußtage durchgearbeitet, ein großer Theil der Arbeiter war auch am Bußtag selbst bis 5 Uhr Nachmittags thätig. Wie stimmt das nun zu dem Eifer, mit dem sonst gerade von oben die Hebung des kirchlichen Sinnes und des religiösen Gefühls betrieben wird?

An der von uns berichteten Thatsache, daß der heute herrschenden Arbeitslosigkeit zum Trost bei den Aufräumungsarbeiten im Reichstagsbau Soldaten beschäftigt wurden, scheint das freisinnige Blatt weiter nichts Arges zu finden. Nach

Die Herren Westenberger und Croissant werden in dem das Stück besprechenden Artikel der Vereins-Zeitschrift als Anfänger auf dramatischem Gebiete bezeichnet. Ihr Schauspiel habe einer Reihe von großen bürgerlichen Bühnen vorgelegen, die es mit lebhafter Befriedigung als eine vortreffliche Arbeit anerkannt, aber dann doch seine Aufführung abgelehnt haben mit der offenerzigen Erklärung, sie dürften ihrem Publikum solche Probleme nicht bieten. Dann hat sich die „Freie Volksbühne“ in der That ein Verdienst erworben, indem sie das Schauspiel zur Aufführung brachte. Nicht nur wegen seiner Tendenz, sondern auch wegen seines literarischen Wertes scheint es mir gerechten Anspruch darauf zu haben. Die ablehnende Haltung der Leiter bürgerlicher Bühnen ist ohne weiteres begrifflich. Das Schauspiel „Hildegard Scholl“ gehört zu denjenigen Stücken, die die bürgerliche Ehe angreifen; ich möchte, um im Stile der Umsturvorlage zu reden, eigentlich sagen: die die bürgerliche Ehe „durch beschimpfende Aeußerungen“ angreifen, — falls man es „beschimpfen“ nennen will, wenn ein Sumpf ein Sumpf genannt wird. Eines Schutzes gegen solche Angriffe bedarf es auf dramatischem Gebiete bekanntlich nicht. Das urtheilende Publikum aus der bürgerlichen Gesellschaft hat schon seit langer Zeit seine gegen den Umsturz gerichteten Gesetze, Paragraphen und Straf-Vestimmungen. Ein Dramatiker, der so verwegen ist, gewisse geheiligte Institutionen wenigstens auf den Brettern, die die Welt bedeuten, umstürzen zu wollen, wird erbarmslos in Bann und Acht gethan. Solchen Umsturz hat auch an der bürgerlichen Ehe schon mancher Dramatiker kühn versucht. Die Verfasser von „Hildegard Scholl“ sagen uns nicht eigentlich etwas Neues, indem sie uns darüber belehren, wie nicht-würdig die Auffassung ist, die die bürgerliche Gesellschaft von der Ehe hat. Aber was sie uns sagen, das ist wohl selten so rückhaltlos gesagt worden.

Hildegard Scholl ist eine der vielen „höheren Töchter“, die dieser Auffassung zum Opfer fallen, aber sie dürfte doch nicht viele ihres Gleichen haben. Sie unterscheidet sich von anderen Geopfertenen dadurch, daß sie lebend geopfert wird. Der Jugendgeliebte, ihr Vetter Philipp Rosching, wird von ihren Eltern, als er sich um sie bewirbt, zum Hause hinaus-

Schiller-Theater. Zum ersten Male „Krieg im Frieden“ von Moser und Schönbach.

Das Publikum, das den „Welchenfresser“ mit Jubel begrüßt hatte, „Krieg im Frieden“ von Moser und Schönbach nicht vorenthalten werden durfte, verließ sich wohl von selbst. Die Direktion hat ihre Pflicht dem Publikum ihres Theaters, wenn auch nicht dem so laut in die Welt pöfanten Programm gegenüber erfüllt, indem sie auch dieses Viertelstück zur Aufführung bringt. Ueber den Geschäftssinn des Direktors und den Geschmack des Publikums wollen wir nicht streiten, beide fanden ihre Rechnung bei dieser Premiere. Was die Aufführung anlangt, so ist vor allem zu betonen, daß die männlichen Kräfte weit eher befriedigen konnten wie die weiblichen; aber auch unter den Darstellern der Uniformträger hat bloß Herr Formes als Reifreisenden über das Mittelmaß emporgeragt.

Alexanderplatz-Theater. Gustav Adolph und die Fürstin Emmerich. Schauspiel in 5 Akten nach Topelius, bearbeitet von Gustav Mey. Etwas lang ist dieser Titel, aber Klumpen gehört zum Handwerk und so leicht läßt es sich Herr Direktor Samst nicht nehmen, bei irgend einer Gedenkfeier oder sonstigen festlichen Gelegenheit mit einem entsprechenden Festdrama aufzuwarten. So geschah es auch zur Feier von Gustav Adolph's 300. Geburtstag und die guten Berliner werden im Alexanderplatz-Theater nicht schlecht gerührt gewesen sein, als sie am Sonnabend saßen, was der evangelische Glaubensheld des dreißigjährigen Krieges nicht allein in Kriegssachen, sondern auch in zarter Frauenminne für ein famoser Kerl gewesen. Es war in dem Stück, das sich übrigens eines garnicht so süßen Aufbaues rühmen darf, sehr gefühlvoll zu sehen, wie der Held durch alle Fährnisse gnädig behütet wird und wie der elendige Jesuwetter mit all' seiner scheußlichen Morbs- und Verrathstüde ganz erbärmlich unterliegen muß. Das Stück verdiente von einem Jünglingsverein dargestellt zu werden. Gespielt wurde schlecht und recht im Alexanderplatz-Theater; das Künstlerpersonal that durchweg mit vollem Eifer seine Pflicht.

Gerichts-Beitrag.

Bucherprozeß Treuberg und Genossen. Das Interesse des Publikums an den Verhandlungen ist merkwürdig in der Abnahme begriffen. Die Bänke im Zuscherraum sind am heutigen fünften Verhandlungstage fast ganz leer; bei Beginn der Sitzung sind wohlgekleidete wolle Personen anwesend. Als erster Zeuge wird der Baumwollwaaren-Fabrikant J. S. entnommen. Derselbe hat, wie er bekundet, lange Zeit hindurch von Treuberg Treimonats-Wechsel mit 95 pCt. gekauft. — Rechtsanwalt Leopold Meyer macht darauf aufmerksam, daß Treuberg, wenn er die Wechsel an diesen Zeugen veräußert, von vornherein 20 pCt. verloren habe. — Der Präsident verliert, von diesem Zeugen herauszubekommen, ob Treuberg Bücher geführt, in welchen Anfangs er das Juwelen-Geschäft betrieb. Der Zeuge, welcher nicht verweigert wird, vermag darüber keine Auskunft zu ertheilen. Ein Zeuge, Namens Peter Klink, ist von dem Staatsanwalt geladen worden, um etwas über das Verbrennen der Skripturen durch Treuberg zu bekunden. Der Zeuge hat mit Treuberg in einem Hause gewohnt und will eines Tages auf dem Hofe eine große Menge verbrannten Papiers gesehen haben. Ob das Papier von Treuberg herrührte, weiß der Zeuge jedoch nicht. Er bekundet auch, daß eines Tages viel verbranntes Papier zum Schornstein hinaus geflogen sei. Ein bei Treuberg dienendes Mädchen habe ihm gesagt, daß es mit der Frau Tr. zahlreiche Papiere verbrannt habe.

Die Aussagen der übrigen Zeugen, die von dem Staatsanwalt als Beweismittel geladen wurden, sind wieder ohne Belang und bewegen sich in bezug auf die Feststellung der Nothlage in den bisherigen Grenzen.

Brausewetter, der Mann des geflügelten Wortes „Es giebt keine Oessentlichkeit“, wird in nächster Zeit die Wüde der Oessentlichkeit wieder auf sich lenken. Am 22. Dezember soll nämlich vor seiner Kammer der Buchererprozeß gegen die Kaufleute Croner und Redlich verhandelt werden.

Zu dem Wiederaufnahme-Verfahren in Sachen Kowalski, das, wie wir vor einiger Zeit mittheilten, von dem Rechtsanwalt Herrn Dr. Richard Wolff betrieben wird, ist demselben ein anonym Brief zugegangen, der folgenden Wortlaut hat:

„Berlin 30./11. 94.

Hieber Herr Vertretiger, Ich habe in die Zeitungen gelesen sie wollten das Verfahren von Kowalski wieder aufnehmen. Das ist jetzt mein letztes was ich noch für den armen Menschen thun kann, ich kenne den Menschen nicht der ist so unschuldig wie sie an den Mord sind ich habe schon öfter Briefe geschrieben aber nun schreibe ich nicht mehr ich habe 8 Köffel ein Ring mit blau-grüne Stein 13 Mark baar Geld die Taube muß ich verloren haben 2 Köffel habe ich in die Fenbrücke in das Wasser geschmissen der Hund hat sich ganz ruhig verhalten den Hammer habe ich in die Waabiter Brück gemorfen Herr Rechtsanwalt sie verdienen sich ein Gotteslohn nehmen sie sich den armen Menschen an es sind geht schon 10 Jahr ich habe den Menschen in Leben nie gesehen Mörder der Frau Papke.“

ist es bei einem Organ dieser Parteirichtung ja nicht weiter verwunderlich, daß es an dem schwierigen, aber segensreichen Wirken der „Ueberwachungskommission“ der Pader zc. Anstalt nimmt. Mag dem nun sein, wie ihm wolle und mag die „Berliner Zeitung“ es für bedauerlich erachten, daß den Arbeitern die schon so bis zum Spottgebilde durchlöchernte Sonntagsruhe nicht ganz geraubt wird, so ist es doch nicht hübsch, auch in bezug auf die Sozialdemokratie anzudeuten, daß mit zweierlei Maß gemessen werde. So gut wie von unsern Parteigenossen brav darauf Acht gegeben wird, daß schamlose Profitwütherei nicht ungefragt die Arbeiter und Arbeiterinnen um das bischen Sonntagsruhe bestehlen, ebenso ungefragt wird es von uns aus Licht gebracht, wenn in dem vornehmsten Gebäude unseres christlichen Vaterlandes Feiertagsarbeit geübt wird. Möchten freisinnige Blätter nach jeder Richtung hin nur annähernd soviel Muth bezeugen, als wir!

Einige Erregung, so wird geschrieben, herrscht unter den Beamten, die der Eisenbahndirektion Bromberg angehören und bis jetzt noch in dem Ostbahnhof-Gebäude zu Berlin beschäftigt sind. Infolge der Bestimmung, daß die Eisenbahndirektion Bromberg hier nicht weiter bestehen wird, ist die größte Anzahl der Beamten zu Anfang April l. J. versetzt worden. Nun gehören dazu viele, deren langjährige Thätigkeit in Berlin dazu geführt hat, daß sie eigenen Besitz erworben haben, außer ihrer amtlichen Stellung durch die Ehefrauen noch besondere Geschäfte betreiben und auch anderweit mit der Reichshauptstadt eng verflochten sind. Diese werden von der Versetzung sehr hart betroffen, haben aber mit den Befehlen, sie hier zu verlassen bezugnehmend zur Lösung der hiesigen Verbindungen längere und angemessene Zeit zu gewähren, keinen Erfolg gehabt. Wie verlautet, soll daher die Entscheidung des Eisenbahnministers angerufen werden.

Die derart „erregten“ Beamten müssen schon ziemlich hoch gestellt sein. Bei der bekannten Sparsamkeit unseres Eisenbahnministers kommt ein Unterbeamter oder Streckenarbeiter so leicht nicht in die Lage, in Berlin Grundbesitz hüten zu müssen.

Interessante Beobachtungen konnten die Naturschwärmer machen, welche am letzten, so aberaus nebligen Sonntag den Kreuzberg bestiegen hatten. Es war ein eigenartiger Anblick, nur für den Großstädler von besonderem Reiz, als der Sonnenball in das Nebelmeer versank. Unten zu den Füßen eine wogende graue Masse, oben zu Häupten den klaren Himmel! — In der Stadt herrschte der Nebel während des ganzen Tages fast ohne Unterbrechung. Dem geringeren Sonntags-Wagenverkehr ist es wohl zuzuschreiben, daß nur wenige Unglücksfälle vorgekommen sind.

In dem nordwärts gerichteten Nebel, welcher vorgestern über Berlin und Umgegend lagerte, sind trotz aller Vorsicht auch im Straßenbahnbetriebe mehrere Störungen und Unfälle vorgekommen. So stieß am Nachmittage gegen 3 Uhr am Kurhaus in Friedenau eine Equipage, welche das Straßenbahngleis besuhr, mit einem Dampfswagen zusammen, wobei erstere leicht beschädigt wurde; die Insassen blieben glücklicherweise unversehrt. — In der Goltzstraße, in der Nähe der Passstraße, fuhr eine Droschke, deren Kutscher das Glockensignal ganz unbeachtet ließ, einem Dampfswagen direkt entgegen und wurde bei dem unvermeidlichen Zusammenstoß stark beschädigt, während Kutscher und Fahrgast herausgeschleudert wurden, aber unverletzt blieben. — In Wilmerdors lief ein Dampfzug beim Anhalten auf der Haltestelle an der Kaiser-Allee gegen einen dort haltenden Pferdebahnwagen, welcher in dem Nebel erhebliche Verwüstung erlitten hatte und dort zurückgeblieben war. Bei dem Anrall kam der Pferdebahnwagen aus den Schienen und wurde beschädigt, wobei ein Fahrgast Verletzungen durch Glassplitter erlitt.

Zur bequemeren Einlieferung von Paketen ist in Berlin, abgesehen von den Stadtpost-Anstalten, auch durch die Paket-Bestellvereine und Paketwagen der Post Gelegenheit geboten. Sämtliche im Dienste befindlichen Paketbesteller sind, worauf wir schon wiederholt hingewiesen haben, zur Entgegennahme gewöhnlicher Pakete bebüß Weiterbeforgung zur Post verpflichtet. Sie nehmen die Pakete entweder innerhalb der Häuser selbst, welche sie zum Zwecke der Bestellung oder Abholung betreten, oder an dem Postwagen entgegen. Auf schriftliche Bestellung — mittels Bestellschreibens oder Bestellkarte an das kaiserliche Paket-Postamt in Berlin N. (Oranienburgerstraße 70) — findet die Abholung von Paketen auch aus den in den Verlangschreiben bezeichneten Wohnungen statt. Die Bestellschreiben und Bestellkarten werden unentgeltlich besorgt; für die von den Paketbestellern auf ihren Bestellschreiben eingesammelten Pakete kommt außer dem Porto allgemein eine Gebühr von 10 Pf. zur Erhebung.

Zum Fall Koge. Der Mittheilung des „Freundenblattes“, daß der Schreiber der unglücklichen Briefe entdeckt sei, wird von der „Frank. Ztg.“ wie folgt widersprochen: Ueber die Affäre v. Koge wird wieder einmal in einzelnen Blättern die Mittheilung verbreitet, daß die Anschuld des Angeklagten dadurch erwiesen sei, daß man nun den Schreiber der anonymen Briefe entdeckt habe. Diese Mittheilung ist unbegründet, wie sich schon aus der Thatsache ergibt, daß nach Abschluß der Voruntersuchung das förmliche Verfahren gegen Herrn v. Koge eingeleitet ist. Das würde natürlich nicht geschehen sein, wenn sich seine Unschuld erwiesen hätte.

Die Einwohner von Nixdorf wollen in der Angelegenheit des Oendarmen Höppler zunächst den Amtsvorsteher zum Ein-

schreiten zu veranlassen suchen, dann aber den Landrath des Kreises Letztem anrufen. Wir wissen nicht, ob die Nixdorfer sich im Ernst Erfolg von ihren Bemühungen versprechen.

Arbeiterrisiko. In der Zuckersabrik zu Rauen wurde vor einigen Tagen dem Arbeiter Bratke durch einen Betriebsunfall die Hand vollständig abgerissen.

Vor einigen Tagen brachten auch wir die Notiz, daß eine wegen Nordverfuchs an ihrem Ehemanne zu schwerer Zuchthausstrafe verurtheilte Klemperersfrau mit Hilfe des Studenten Sch. aus der Zellen-Abtheilung der Charite entflohen sei. Der genannte Student bittet uns nun mitzutheilen, daß die Notiz, inwieweit sie seine Person betrifft, nicht der Wahrheit entspricht. Er siehe zu der Flucht jener Frau in gar keiner Verbindung und sei darüber auch nicht vernommen worden. Wahrscheinlich sei das Gerücht seiner Theilnahme dadurch entstanden, daß er an dem betreffenden Tage behufs einer Unterredung, die auf einem ganz anderen Gebiete lag, zum Oberarzt gerufen worden sei.

Ein bissiger Brunnbär. Durch den Biß ihres Gatten schwer verletzt wurde am Sonntag Abend um 8 Uhr die Ehefrau des Schneidemeisters J. aus der Fichtestraße. Beide Eheleute nahmen an einer Gesellschaft theil, in der es recht vergnügt zugeht. Sei es nun, daß J. eifersüchtig auf seine Frau wurde, sei es, daß er sonst ärgerlich auf sie war: er hatte eine Zeit lang seine able Laune unterdrückt, sagte dann aber plötzlich ihre rechte Hand und biß ihr ein Stück aus der Wau heraus. Die verwundete Frau mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Der Knabe Arthur Technau, der von seiner verweisselten Mutter am Donnerstag im Hotel Bayer in der Kleinen Nauenerstraße getödtet worden sollte, ist in der Charite soweit hergestellt worden, daß er seiner Großmutter am Sonnabend Nachmittag übergeben werden konnte. Das Kind hatte nur Brandwunden im Gesicht durch die ätzende Flüssigkeit erlitten.

Von Herrn Reinhold Schirmermeister, Langestr. 70, geht uns zu der am Sonntag gebrachten Notiz: „Wie man billige Möbel fabriziert“, eine Nichtigstellung zu, durch welche dargelegt wird, daß wir in der Angelegenheit unkorrekt unterrichtet worden sind. Herr Schirmermeister theilt uns mit, daß bei ihm zwar getechnetes Holz gefunden worden ist, doch habe er im feinen Glauben, daß es aus einer lauterer Quelle stamme, dasselbe zu dem realen Werth gekauft. Das Holz habe bei ihm auf der „Wannelage“ und dem Bretterboden gelegen, also an einem Ort, wo jeder Tischler sein Holz aufbewahrt, mithin sei das Gut nicht, wie wir nach unserm Reporter berichtet haben, zum Theil unter dem Kiefernholz verdeckt gewesen. Weiter theilt uns Herr Schirmermeister jr. im Auftrage seines Vaters mit: „Es ist zwar richtig, daß mein Bruder Wilhelm vor einiger Zeit bei Sauer in der Mantuffelstraße gearbeitet hat, aber ein jeder mit den Verhältnissen im Tischlergewerbe vertraute Mann wird sich sagen, daß ein Tischlermeister nicht mit seinen Gesellen Holzpläne besucht. Mein Bruder ist überhaupt nicht vom Kutscher als Verkäufer des Fuhrwerks rekonnostrirt worden, der Kutscher kannte meinen Bruder gar nicht einmal. Hiermit fällt auch wohl die Mittheilung in sich zusammen, daß ich mit Diebstählen, die im Frühjahr verübt worden sind, in Verbindung stehe. Zum Schluß erkläre ich noch, daß ich zu der Zeit, wo das Holz bei uns abgelesen wurde, gar nicht zu Hause gewesen bin.“

Polizeibericht. Am 8. d. Mts. Morgens wurde in der Hafenstraße, am Garnison-Kirchhofe, die Leiche eines etwa 10 Jahre alten Mannes mit einer Schußwunde in der Brust aufgefunden. — Gegen Mittag erhängte sich eine Frau in ihrer Wohnung in der Wilsonstraße. — In der Leipzigerstraße wurde Abends ein Mädchen durch eine Droschke überfahren und anscheinend schwer verletzt. — In der Nacht zum 10. d. M. sprang ein etwa 20 Jahre alter Mann von der Mühlenbammbrücke in die Spree; er wurde noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charite gebracht. — Am 8. und 9. d. M. fanden sechs kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 10. Dezember 1894.

Table with 6 columns: Stationen, Barometerstand in mm, Windrichtung, Windstärke (Skala 1-12), Wetter, Temperatur (nach Celsius). Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Wiesbaden, München, Wien, Haparanda, Petersburg, Cort., Aberdeen, and Paris.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 11. Dezember 1894. Ruhiges, zeitweise heiteres, vorwiegend nebeliges Wetter mit gelindem Frost, ohne wesentliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

gefragt. Er ist nichts und hat nichts, und Hildegard soll ja eine glänzende Partie machen. Darauf wird sie von den Eltern in der üblichen Weise präparirt. Das Ziel, auf das ihre ganze Erziehung eingerichtet wird, heißt: begehrtlich erscheinen und doch sitzbar bleiben. Begehrtlich erscheint sie und ihre Mitgift einem verlumpten Adligen, der den geschmeichelten Eltern trotz seiner Schulden angenehm ist. Nachdem er es dahin gebracht hat, daß die Tochter nicht sitzbar geblieben ist, will er sie heirathen, um der Mitgift willen. Aber Hildegard verschmäht dieses der bürgerlichen Gesellschaft selbstverständlich erscheinende Mittel, ihre „Ehre“ zu repariren. Der Ekel vor dem Verführer macht es ihr unmöglich. Nachher wollen die entsetzten Eltern wenigstens den lebendigen Zeugen ihrer „Schande“ den Augen der Welt entziehen. Er soll von Hildegard getrennt und im geheimen bei fremden Leuten erzogen werden. Da geht Hildegard mit ihrem Knaben in's Ausland. Der Hunger treibt sie später zurück in's Elternhaus, und sie willigt jetzt ein, daß das Kind weggegeben wird. Ein neuer Mitgiftträger, Herrstrupp, findet sich ein. Daß das Mädchen eine „Gefallene“ ist, ist ihm, bei dem die „Korrektheit“ den obersten Grundsatz bildet, zwar unangenehm, aber er will es mit in den Kauf nehmen; er muß es ja, wenn er die Mitgift haben will. Den Eltern wäre er natürlich selbst dann willkommen, wenn er weniger „solide und anständig“ wäre, als er es ihrer Meinung nach ist. Sie sind froh, die Tochter noch so spät an den Mann bringen zu können. Auch Hildegard willigt ein, obwohl sie Herrstrupp nicht liebt. Sie meint auf diese Weise ihr Kind wieder zu sich nehmen zu dürfen. Aber das Kind weiß Herrstrupp entrückt zurück. Hieran scheitert der geplante „Ehebund“. Hildegard vermag sich von dem Kinde nicht zu trennen. Noch im letzten Augenblick, schon bereit, zur Trauung zu schreiten, weist sie Herrstrupp's Hand zurück. Was sie dazu treibt, ist in erster Linie die unüberwindliche Liebe zu ihrem Knaben. Aber daneben hat sich noch ein anderes Motiv geltend gemacht. Herrstrupp ist als „gemachter Mann“ zurückgekehrt. Die alte Jungferliebe ist in beiden wieder lebendig geworden. Hildegard hat sich erboten, den Knaben zu sich zu nehmen und ihm ein Vater zu sein. Als Hildegard den ungeliebten Herrstrupp zurückweist, erneuert Krosching seine Werbung um sie, und Hildegard erklärt, sein Weib werden zu wollen. Das Problem, das die Verfasser dieses Stückes behandeln, ist

oft genug dramatisch verwerthet worden und ist auch in den in der „Freien Volksbühne“ aufgeführten Stücken mehrfach wiederkehrt. In dem vorliegenden Schauspiel scheint es mir mit ganz besonderer Klarheit erfaßt und mit einem sittlichen Ernst behandelt zu sein, den ich nicht in allen Stücken desselben Themas finde. Den sittlichen Ernst erblicke ich vornehmlich darin, daß die Verfasser rücksichtslos und ohne Scheu das sexuelle Motiv als den eigentlichen Kern des Problems bloßlegen. Das Stück ist reich an tiefen und werthvollen Gedanken, deren Vortrag freilich meist etwas aus der Handlung herausfällt, und enthält anderserseits auch manche heitere und amüthige Scene, die zum Herzen spricht oder uns durch ihren Humor behaglich stimmt. Aus diesen beiden Vorzügen erkläre ich mir die starke und auch (wenn ich mich nicht täusche) allgemeine Wirkung, die es bei der Aufführung gehabt hat. Die Lebhaftigkeit der Handlung ist eigentlich nicht groß. Auf die landläufigen Theatereffekte haben die Verfasser ziemlich verzichtet; nur im letzten Akt wird etwas mit diesen Mitteln gearbeitet. Dieser Akt ergabte die stärkste Wirkung; aber auch die feiner angelegten Szenen der ersten beiden Akte schienen durchaus zu fesseln. Interessant und rührend wirkten die Szenen mit dem Kinde, das übrigens wirklich reizend und mit beinahe vollendeter Natürlichkeit dargestellt wurde. Die Aufführung hat mich auch sonst recht befriedigt. Die weiblichen Hauptrollen waren durchweg in guten Händen. Am meisten fesselte mich das natürliche, von jeder Uebertreibung freie Spiel der Anna Koso (Frau Scholl). Die schwierige Rolle der Hildegard führte Clara Drucker mit gutem Gelingen aus. Sie mußte das „gefallene Mädchen“ zu einer sehr sympathischen Gestalt zu machen. Den Philipp Krosching gab Julius Wessell recht flott. Die Komik des Herrn Samst (Herr Scholl) wirkte zuweilen zu erheitern und infolge dessen lächerlich. Dasselbe gilt von dem freischwärmenden Dienstmädchen (Edwig Verbrand), dem die Regie etwas den Mund verbieten sollte. Da das Schauspiel „Hildegard Scholl“ nicht ganz einen Nachmittagsauffakt, so hatte man nach Paul Heyse's einaktiges Trauerspiel „Ehrensünden“ vorausgehen lassen. Die Zusammenstellung war interessant, einmal wegen der Verschiedenheit der künstlerischen Richtungen, denen die beiden Stücke angehören, andererseits auch wegen der mancherlei Berührungs-

punkte, die sie, nicht in der Handlung, aber in ihrem gedanklichen Inhalt mit einander haben. Auch Heyse führt uns so etwas wie einen Sumpf vor und zeigt seine Gefahren. Es muß anerkannt werden, daß auch er sich nicht scheut, die Decke, die sich in täuschender Annuth über das gefährliche Terrain breitet, wegzuziehen. Er deckt die Verleththeit des Ehebegriffes auf, den das „Kavalierthum“ mit Stolz als sein Vorrecht ansieht. Ein trauriges Vorrecht! Der Held des Stückes ist der Rittmeister Baron Hubert v. Aldringen. Der Rittmeister spielt, verliert und hält es für Ehrensache, binnen 24 Stunden zu zahlen. Aber er findet nichts dabei, ein Verhältnis anzuknüpfen mit der Frau des Bankiers Leinburg, der ein Freund und Wohlthäter seines Vaters war. Als der betrogene Gatte fordert, daß er, um ihn zu beruhigen und um das Gerücht über dieses Verhältnis zum Schweigen zu bringen, es unter Ehrenwort in Abrede stelle, gaudert der Rittmeister. Als er aber sieht, welche niederschmetternde Wirkung seine Weigerung auf den betrogenen Leinburg ausübt, giebt er sein Ehrenwort, daß er mit der Frau kein strafbares Verhältnis unterhalte. Als „Kavalier“ ist er nach den Anschauungen des Kreises, in dem er lebt, nun erst entehrt. Er greift zu dem üblichen Ausweg und tödtet sich. Dieses Stück wurde nicht ohne Widerspruch aufgenommen. In den lebhaften Beifall mischte sich auch ein vernehmliches Nicken. Warum, ist mir nicht recht klar geworden. Der Aufführung, die durchaus zufriedenstellend war, — Julius Wessell gab den Rittmeister, — konnte der Protest kaum gelten. Auch der literarische Werth des Trauerspiels ist unbefristetbar und kann niemandem entgehen. Richtete sich der Widerspruch gegen die vermeintliche Schüttigkeit des Delden? Ich glaube, der Rittmeister verdient eher Mitleid als Verachtung. Der Dichter hat wenig übrig gelassen, was den Helden seines Stückes persönlich belastet. Es bleibt beinahe alles auf dem Kreise haften, in dem dieser Charakter nurgelt. Ich muß hier natürlich die Frage unerörtert lassen, ob es solche „Kavaliers“ giebt. Es darf hier nur das Drama in Betracht kommen, und da finde ich, daß gerade der Standpunkt des Dichters, der den Einzelnen entlastet und seinen Helden beinahe sympathisch macht, der radikalere ist und auch eine radikalere Wirkung ausübt. Br.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Zwei Versammlungen.

I. Görlitzer Viertel:

Am Dienstag, den 11. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Ulrich, Waldemarstraße Nr. 75.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Schriftsteller Schulz über: „Die häusliche Erziehung im heutigen Klassenstaat“. 2. Diskussion. 3. Vereinskassenangelegenheiten.

II. Stralauer Viertel:

Am Dienstag, den 11. Dezember, Abends 8 Uhr, im Albrecht's Salon, Memelerstr. 67.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Bruhns. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste, Damen wie Herren, haben freien Zutritt. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Achtung! Wedding. Achtung!

Grosse sozialdemokratische

Partei-Versammlung

für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis am Donnerstag, den 13. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Reichert, Müllerstraße Nr. 7.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung der Presse für das Proletariat. Referent Genosse M. Kiesel. 2. Diskussion. 3. Uebernehmen wir den Vertrieb des „Vorwärts“ in eigene Regie? 4. Verschiedenes.

Die Vertrauensperson.

Arbeiter-Gänger-Bund

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 16. Dezember, Vorm. präzise 10 Uhr, im Glysium, Landsberger Allee 40-41:

Übungsstunde

für sämtliche Vereine. Geübt werden die Lieder: „Brüderlied“, „Arbeiter-Vaterlandslied“ und „Der Völkerruf“. Der Vorstand.

Im Nebenlokal: Ausgabe der Notizen vom neuen Bundeslied. D. D.

Arbeiter-Bildungsschule

In beiden Schulen alle Dienstag Abend 8 1/2 Uhr:

Volkshümliche medicinische Vorträge. Südost: Waldemarstraße 14: Herr Dr. Heymann. Norden: Müllerstraße 179a: Herr Dr. Weyl.

Schüler werden dort aufgenommen. Schulgeld inkl. Mitgliedsbeitrag per Monat 50 Pfennig.

Gäste haben, soweit Platz, freien Zutritt.

Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule

(Nordschule), Müllerstr. 179a.

Am Mittwoch, den 12. Dezember cr., Abends 8 1/2 Uhr, Nationalökonomie.

Vortrag vom Genossen Nicolay.

Wir bitten alle Mitglieder, bei diesem wichtigsten Lehrfach zahlreich zu erscheinen. — Gäste haben freien Zutritt.

Der Vorstand.

Achtung! Schuhmacher. Achtung!

Mittwoch, 12. Dezember, Abends 8 Uhr, in „Buh“ Salon, Große Frankfurterstraße Nr. 85:

Große öffentliche Versammlung aller in der Schuhindustrie beschäftigten Personen, als: Filzschuh-, Mechanische-, Schaft- und Schäfte-Arbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über die vorhergegangenen Streiks in den Berliner Schuhfabriken. 2. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten findet Vorkasse statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer: P. Hildebrand.

Achtung! Schneider und Schneiderinnen der gesamten Konfektions-Branchen! 2 große öffentl. Versammlungen.

1) Am Dienstag, den 11. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, bei Reichert, Müllerstraße 7.

2) Am Mittwoch, den 12. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, bei Henke (Renz' Ball-Salon), Naunynstraße 27.

Tages-Ordnung in beiden Versammlungen:

Gedenken die Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektion in der bevorstehenden Saison mit Forderungen vorzugehen und wie sollen dieselben lauten? Referenten Kollegen Taterow und Pfeiffer.

Zu diesen Versammlungen werden alle in obengenannter Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen besonders eingeladen, da es endlich an der Zeit ist, darüber klar zu werden, was wir zur Aufbesserung unserer Lage zu thun gedenken.

Die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

Gauverein Berliner Bildhauer.

Laut Beschluß der Versammlung vom 4. Dezember 1894 Freitag, den 14. Dezember 1894, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schneider, Annenstraße 16:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Herrn Manfred Wittich über: „Hans Sachs“. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Gäste, besonders Damen, willkommen.

71/19

Am Dienstag, den 11. Dezember, Abends von 8 1/2 Uhr ab, wird Kollege Stöber zur Entgegennahme der Beiträge im Vereinslokal anwesend sein.

Es liegt im eigensten Interesse jeden Mitgliedes, jede Beitragsreste zu vermeiden, da Unterstufungen nur bei vollgezählten Beiträgen zur Auszahlung gelangen können.

Donnerstag, den 27. Dezember 1894 (Dritter Feiertag), in Schmiedel's Festsälen, Alte Jakobstraße 82:

Weihnachtsfest.

Anfang 6 Uhr. Entree einschließlich Tanz 30 Pf. Biletts sind beim Kassirer Otto Meyer, Streiberstr. 28, 4 Tr.; Verwalter Carl Söcher, Waldemarstr. 65, 2 Tr.; und Dienstags und Sonnabends Abends im Vereinslokal, Annenstr. 16, zu haben.

Der Vorstand.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Heute, Dienstag, den 11. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr: Bezirks-Versammlung für Moabit und Charlottenburg im Viktoria-Salon, Verlegerstraße 13.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann über: „Sozialpolitik“. 2. Diskussion. 3. Die Lohnreduktionen bei Ludwig Löwe. Referent: Kollege D. Naether. 4. Aufnahme neuer Mitglieder, Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Morgen, Mittwoch, den 12. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung

der Former, Kernmacher und aller in Gießereien besch. Arbeiter bei Schneider, Annenstraße 16.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Willarg über: „Die wirtschaftlichen Umwälzungen und ihre Begleiterscheinungen.“ 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Verbandsangelegenheiten.

Um zahlreichen und pünktlichen Besuch obiger Versammlungen ersucht

198/13

Der Vorstand.

Achtung! Rixdorf. Achtung!

Mittwoch, den 12. Dezember cr., Abends 8 Uhr: Große öffentliche Versammlung der Maurer Rixdorfs u. Umg. im Lokale des Herrn Kummer, Berlinerstraße 136.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Silberschmidt. 2. Diskussion. 3. Abrechnung des Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes.

Es ist eines jeden Kollegen Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

15146

Der Einberufer.

Auf 3 Mark 1 Mark Rabatt! **Honigkuchen** 1 Mark Rabatt! billig und gut! billig und gut!

G. Cyliaz, Honigkuchen-, Chocoladen- und Confituren-Fabrik, Dresdenerstr. 24. Telefon IV, 1296. Dresdenerstraße 24. — Friedrichstraße 227. Bismarckdammstraße 67.

Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. (14756)

Damen- und Kinder-Mäntel-Fabrik Hermann Hiller

1. Geschäft: Landsbergerstr. 79, 2. Geschäft: Alexanderstr. 15, 3. Geschäft: Belle-Alliancestr. 22.

Elegante Winter-Jaquets in allen Farben St. 4,50, 5,50, 6,75, 8,00, 12, 15, 18, 20 M. Paletots 12, 15, 18, 20 M.

Elegante Plüsch-Jaquets ohne Fehler Stück 18,50, 16-24 M. Prima Seal 24, 27, 33-40 M. 1094L*

Frauen-Mäntel, Cape extra zu tragen 16-18, 20, 24 M. Große Auswahl in Seiden-Matellasse, Seidenplüsch, Cape-Mäntel in Stoff-Mäntel in allen Farben von 12,50-30 M. Prima wattierte Mäntel in allen Farben 8-25 M. Regenmäntel um zu räumen für jeden Preis.

Sumatra, deckt mit 1 1/4 Pfund, hell, brennt schneeweiß, per Pfund 3,30 Mark, verkauft Carl Roland, Marianeustraße 23.

Mehl

1 Pfd. 11 Pf., 1 Pfd. 13, 1 Pfd. 15, 1 Pfd. 18 5 50 5 60,5 70,5 85

Gr. Rosinen 1 Pfd. 30 Pf., Sultan-Rosinen 1 Pfd. 25 Pf., Korinthen 1 Pfd. 20 Pf., 2 Pfd. 35 Pf., süße Mandeln 1 Pfd. 70 Pf., Citronat 1 Pfd. 70 Pf., Zucker ff. und grob 2 Pfd. 45 Pf., große Erbd. 75 Pf., feinste Butter 1 Pfd. 1,00, 1,10, 1,20 M., S. Schmalz Pfd. 50 Pf., Erbsen, grüne 2 Pfd. 25 Pf., kleine 2 Pfd. 25, gr. 2 Pfd. 25, geschälte 2 Pfd. 35 Pf., Linsen 1 Pfd. 10 Pf., mittel 2 Pfd. 25, große 2 Pfd. 35 Pf., Bohnen 10 Pf., 15 Pf. pro Pfund.

Petroleum, der volle Liter 14 Pf. Salon 16

Neu! Kerosinpetroleum, d. v. 20 Pf. Neu! M. W. Walter, Hochmeisterstr. 1, Ecke Wöhrerstraße.

Bierdruck-Apparate Lager flüssiger Kohlensäure zu herabgesetzten Preisen

H. Reinhardt, 113 Brunnenstr. 113.

Milchtübel, Kannen, Satten, Maße, Siebe, Tafelwaagen, Lampen, Kühlapparate, Buttermaschinen, Butterkneten, Drehrollen. Jordan, Al. Markussstr. 28.

Achtung! Zahnersatz, auch Theilzahl., wöchentl. 1 M., Guckel, Laufziger Pl. 2, Eisasserstraße 12.

Weihnachts-Geschenke. Unter dem Tannenbaum empfehle ich hochfeine Parzer Kanarienvögel zu 6 M. 80 Pf. mit Porto und Verpackung. Weibchen jezt 75 Pf., von Januar ab 1 M. Was nicht konvenirt nehme zurück. Versandt nur per Nachnahme. Schutz vor Kälte und Nässe. Anfragen mit Retourmarken an L. G. Müller, Vogelzüchterei, Nordhausen a. S.

Mehl Backzuthaten

und alle 1242L* liefert in anerkannt vorzüglicher Güte jezt ganz besond. preisw. P. Herrguth, Berlin, Müllerstr. 180 (Weddingplatz). Wiederverk. besond. Vorzugspreise.

Möbel, gebrauchte, laust Bartsch, Schützenstr. 2.

Buchführung, auch stundenweise, besorgt zuverlässig K. S. K. n., Saarbrückerstr. 7. 1508b

Gardinen-Reste

zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Fabrik Grüner Weg 80, part. Eingang vom Flur.

Rob-Tabak Ad. Grohme,

11. Gollnowstraße 11.

Knaben-Garderoben

für das Alter v. 2-16 Jahr. empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preisen. Filzen gratis. W. Gesell, O. Kopp. 85 pt. 2 Min. v. Schleifischen Bahnhof.

Edm. Guttman

Königsstraße 21. Lager eleganter Damen- u. Herren-Rogenschirme zu billigsten, selten Preisen. 813b

Lederhülle und Schäftefabrik Eugen Teichmann,

70 Grüner Weg 70 zwischen Kopenstraße u. Küstnerplatz. Lager in sämtl. Ober- und Unterleder zu den billigsten Preisen. Specialität: Sohlenschnitt. Gr. Lager in Wachstuchen zu billigsten Fabrikpreisen.

Gangbares Restaurationsgeschäft zu laufen oder zu pachten gesucht. Off. u. L. G. 22 Exp. d. Blattes. 1208L*

Stoppdecken auch einzeln, in der Fabrik Oranienstr. 126 L.

Gekauft werden stets jede Anzahl weißer Mäuse, Langmäuse, Dachtauben, Meerschweinchen, Kaninchen, alle Arten Vögel und Tauben. 1519b

Hedtmann, Madaistr. 2, Schl. Bbf.

Vereinszimmer

für 15-20 Personen zu vergeben. Ringreies Bier (Echt Culmbacher und Hohen-Schönhauser). 1510b

Matschke, Andreastr. 18.

Hoffmann's Festäle, Oranienstraße 180. Silvester-Abend, 5. u. 6. Januar 1895 noch frei. 1458b

C. Boltzmann's Gesellschafts-Säle,

Lichtenbergerstr. 16. Säle und Vereinszimmer von 20 bis 500 Personen. 820L*

Arbeiter im Zentrum!

Kollege Karl Hörschlein, 101 Klosterstrasse 101 empfiehlt sein ringreies Bier nebst billigem Frühstücks-, Mittags- und Abendbrot.

Möblierte Schlafstelle bei Genossen Holzmarktstr. 73 IV L. 266b

Arbeitsmarkt.

Vergolderinnen u. Belegerinnen auf Barockleisten finden dauernde Beschäftigung bei Feldt u. Hoffmann, Streilich i. M. 12182*

Musikinstrumenten-Arbeiter-Streik! Die Kollegen der Piano-Fabrik von Görs & Kallmann haben infolge Maßregelungen und Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Inzug ist strengstens fernzuhalten. 198/13 Die Lohnkommission.

1 Fischerg. zum Ausschneiden von Goldleisten verl. Rutenberg, Friedenstr. 10. 1512b

Vergolderinnen verl. Rutenberg, Friedenstr. 10. 1513b

Schlossers Weltgeschichte

für das deutsche Volk

Bei dem Wert dieses klassischen Geschichtswerkes ist jedes Wort der Empfehlung überflüssig; nur sei bemerkt, daß beide Ausgaben textlich identisch sind, sich nur in der Ausstattung unterscheiden und daß die Pracht-Ausgabe wegen ihrer Abbildungen und Karten einen höheren instruktiven Wert hat, als die Volks-Ausgabe, die dieser Vergabe entbehrt.

ist durch alle Buchhandlungen in 2 Ausgaben zu beziehen und zwar: I. Pracht-Ausgabe (22. Aufl.) mit zahlreichen historischen Abbildungen und Karten in Farbendruck. Vornehm ausgestattet in 19 eleg. Original-Halbbranz-Bände gebunden M. 102,75. Auch broschürt in 79 Wochenlieferungen à 1 M.

II. Original-Volks-Ausgabe (23. Gesamt-Aufl.) 19 Bände gebunden in schmalen Original-Kaliko-Einbänden zu dem unglaublich billigen Preise von 38 M.

Unter Berücksichtigung der Abnahme der Genossen können auch beide Ausgaben in einzelnen Bänden laut Preisliste nach und nach bezogen werden.

Berlag von Oswald Zechagen in Berlin SW., Königgräberstr. 65.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein boykottirtes Bier!

Unter dem neuesten Kurs.

- November.
- Chemnitz.** In der Berufungsinstanz der Weber Springer aus Frankenberg 6 Wochen Gefängnis wegen Beamtenbeleidigung und Widerstands gegen die Staatsgewalt.
 - Leipzig.** Genosse Riem, Redakteur der „Wurzener Zeitung“, wegen groben Unfug gleichfalls in der Berufungsinstanz 10 Tage Haft.
 - Leipzig.** 3 Monate Gefängnis Genosse Gildenberg in der Revisionsinstanz wegen Beleidigung der Armenverwaltung in Erfurt.
 - Leipzig.** In der Revisionsinstanz Genosse Leven aus Gera wegen Pastorenbeleidigung zwei Monate Gefängnis.
 - Stuttgart.** Wegen Richterbeleidigung die Genossen Eichhof und Agster je 2 Monate Gefängnis. Der Antrag lautete auf je nur 500 Mark Geldstrafe.
 - Weilburg.** Genosse Dienz aus Frankfurt a. M. und ein zweiter Genosse wegen groben Unfugs — Verbreitung von Flugblättern am Sonntag Vormittag — je 10 W. Geldstrafe.
 - Hofsta.** Der Redakteur der „Medik. Volk-Zeitung“, Genosse Schlottmann von der Anklage der Gendarmenbeleidigung freigesprochen.
 - Tagegen erhielten in einer anderen Verhandlung: Genosse Schlottmann 6 Wochen, Busch 14 Tage, Seß 3 Wochen 2 Tage und Kämpfer eine Zusatzstrafe von 2 Monaten Zuchthaus wegen Beleidigung der Geistlichkeit und des Güttrower Magistrats.
 - Nordhausen.** Wegen Beleidigung eines Lehrers Genosse Hülle, Redakteur der „Erzruhrer Tribune“, 50 Mark Geldstrafe.
 - Kassel.** Die Genossen Hubn und John je 50 Mark und Genosse Hedderich 10 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung von Polizeibeamten.
 - Breslau.** Die Aufführung der Wohnung eines Genossen in Föpelwitz, in welcher eine Versammlung stattfinden sollte, trug dem Genossen Kühn eine Verurteilung wegen Hausfriedensbruchs ein. Strafe ein Monat Gefängnis.
 - Leipzig.** Genosse Stadthagen in der Revisionsinstanz wegen Bürgermeisterei-Beleidigung 100 M. Geldstrafe.
 - Mainz.** Wegen Preßbeleidigung Genosse Sprenger, Redakteur der „Mainzer Volks-Zeitung“ 30 M. Geldstrafe.
 - Brandenburg.** Noch einmal die Beleidigung des Generals Kirchhof, die zwei Missethäter je 50 Mark Geldstrafe eintrug.
 - Leipzig.** 50 M. Geldstrafe Genosse Pollender in seiner Eigenschaft als Redakteur des „Wahler“ wegen Beleidigung der Frau eines Fabrikanten.
 - Altona.** Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz drei Vorstandsmitglieder des Zentralvereins der Fabrikarbeiter je 20 W. Geldstrafe.
 - München.** Der Redakteur des „Süddeutschen Postillons“, Genosse Fuchs, wegen Verübung groben Unfugs 20 W. Geldstrafe.
 - Lichtenstein.** Genosse Hubner wegen Beleidigung eines Schuldirectors und eines Lehrers 30 M. Geldstrafe.
 - Vienna.** Zwei Genossen je ein Monat Gefängnis wegen Beleidigung eines Polizeiwachmeisters.
 - Eibersfeld.** 3 Monate Gefängnis Genosse Lenz aus Neuscheid, wegen Beleidigung eines Gendarms.
 - Breslau.** Der Redakteur der „Volkswacht“, Genosse Schebb, wegen Beleidigung des Richtersandes 5 Monate Gefängnis.
 - Dresden.** Genosse Eichhorn wegen Beleidigung der Polizeidirection 14 Tage Gefängnis.
 - Neustadt O. S.** Schi. Von der Anklage, zwei Vergehen gegen das Vereinsgesetz begangen zu haben, Gen. Necker freigesprochen.
 - Reih.** Wegen Tragens sozialistischer Abzeichen vor Gericht Genosse Peckold 10 M. Geldstrafe.
 - Durlach.** 3 Monate Gefängnis Genosse Hofferbert wegen Gotteslästerung.
 - Dresden.** Steinmetz Sasse wegen Beamtenbeleidigung 1 Woche Gefängnis.
 - Ludwigshafen.** Genosse Hauck wegen Beleidigung eines Badermeisters 30 M. Geldstrafe.
 - Leipzig.** In der Revisionsinstanz, Genosse Fischer, wegen Beleidigung eines pringlichen Ehepaares 5 Monate Gefängnis.
 - Kiel.** Wegen Lehrerbeleidigung die Genossen Rump und Breour je 30 M. und Genosse Baak 10 M. Geldstrafe.
 - Frankfurt a. M.** Der Redakteur der „Vollstimme“, Genosse Schmidt, wegen Beleidigung zweier Schulleute in Hanau 100 M. Geldstrafe.
 - Spandau.** 41 Arbeiter in der Berufungsinstanz je drei Mark Geldstrafe wegen Teilnahme an einem polizeilich nicht genehmigten öffentlichen Aufzug. — Malausflug.
 - Rürnberg.** Genosse Grillenberger wegen Beleidigung des Magistrats 200 M. Geldstrafe. Antrag 1 Monat Gefängnis.
 - Erfurt.** Wegen Beleidigung von Mitgliedern des Vereins „Weberfreundschaft“ in Weicherode, Genosse Hülle, 50 M. Geldstrafe.
 - Dortmund.** Sechs Genossen und ein Wirth von der Anklage der Uebertretung des Versammlungsgesetzes, auch in 2. Instanz freigesprochen.
 - Lobenstein.** 50 Mark Geldstrafe mußte Genosse Adler wegen Beleidigung eines Buchdruckerei-Besizers zahlen.
 - Berlin.** Wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes Genosse Augustin 30 M. Geldstrafe. Die mitangeklagten Genossen Löwenstein und Kelle wurden freigesprochen.
 - Dresden.** Genosse Gradnauer wegen Beleidigung der Militärbehörde 10 Monate Gefängnis. Genosse Fischer wurde von der gleichen Anklage freigesprochen. Der Dritte im Bunde, Genosse Reichardt, wegen Gemeindefreundschafts-Beleidigung 3 Monate Gefängnis.
 - Zwickau.** Wegen Teilnahme an einem unerlaubten öffentlichen Aufzug Genosse Müller aus Witzau 45 M. Geldstrafe.
 - Esterberg.** Sieben Vorstandsmitglieder des Arbeitervereins je 2 M. Geldstrafe wegen Veranstaltung einer nicht angezeigten öffentlichen Lustbarkeit.
 - Eibersfeld.** Der Redakteur der „Freien Presse“, Genosse Singweiler, wegen zweimaliger Beleidigung eines Stadivordneten 6 Monate Gefängnis.

- Berlin.** Wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes Genosse Vogtherr — Halten einer Trauerrede — 20 M. Geldstrafe. Der erlassene Strafbefehl lautete auf 50 M. Geldstrafe.
- Zwickau.** 40 M. Geldstrafe der Arbeiter Kaiser aus Pölsitz wegen Beleidigung des Vorstandes des dortigen Militärvereins.
- Genosse Strunz,** früherer Redakteur des Bergarbeiter-Drahts „Glück auf“, wegen Beleidigung zweier Steiger 6 Monate Gefängnis. Wegen unerlaubter Sammlung — Unterhütung der Familie Sasse — Genosse Hermann Prager 50 M. Geldstrafe.
- Witten.** Wegen groben Unfugs, Ausbringung eines Hochs auf die Sozialdemokratie, Genosse König, 10 M. Geldstrafe.
Zwei Genossen wegen Beamtenbeleidigung s. bez. 14 Tage Gefängnis.
Ein Genosse wegen Nichtanmeldung einer Versammlung 40 M. Geldstrafe.
Genosse König von der Anklage der Beleidigung von Polizeibeamten freigesprochen. Antrag ein Monat Gefängnis.
Zwei Genossen wegen Hausfriedensbruchs je 10 Tage Gefängnis, dagegen von der Anklage wegen Majestätsbeleidigung freigesprochen.
- Dessau.** Der Redakteur des „Volksblatt“, Genosse Peuß, wegen zweier Preßbeleidigungen 10 und 30 Mark Geldstrafe.
- Frankfurt a. O.** 200 M. Geldstrafe der Redakteur der „Vollstimme“, Genosse Jappay, wegen Richterbeleidigung.
- Frankfurt a. M.** Die gleiche Strafe wegen des gleichen Delikts Genosse Hoch, Redakteur der dortigen „Vollstimme“.
- Düsseldorf.** Von der Anklage, die Militärbehörden beleidigt zu haben, Genosse Gewehr-Eibersfeld freigesprochen.
- Breslau.** Der Redakteur der „Volkswacht“, Genosse Schebb, 30 M., und Genosse Wislott aus Quary 20 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Hauptmanns. Antrag 3 und 2 Monate Gefängnis.
- Zwickau.** Wegen Sammlung zur Unterhütung der Familie des Genossen Sasse, Genosse Schärer 30 M., und die Genossen Esfler und John je 20 M. Geldstrafe.
- Eibersfeld.** In Sachen des Kammer Viehboufotts groben Unfug verurteilt zu haben, die Genossen Eberle 3 Wochen, Haberland 1 Woche, Kühne 2 und Singweiler 6 Wochen Haft.
- Frankfurt a. M.** Genosse Schmidt wegen Beleidigung einer Gahmritzin 100 M. Geldstrafe.
- Kiel.** Wegen Bürgermeisterei-Beleidigung der Genosse Usiar aus Preß 4 Wochen Gefängnis.
- Angsburg.** 20 M. Geldstrafe Genosse Bredet wegen Beleidigung eines Fabrikanten.
- Zittau.** Der Redakteur der „Schwäb. Tagwacht“, Genosse Weiger, wegen Fabrikanten-Beleidigung 100 M. Geldstrafe.
- Hamburg.** Von der Anklage des Verstoßes gegen § 110 des Strafgesetzbuchs Frau Steinbach freigesprochen.
- Zittau.** 30 Genossen wegen Uebertretung der öffentlichen Ordnung je 5 M.
- Tortmund.** In der Berufungsinstanz Genosse Böiger wegen Beleidigung eines ultramontanen Redakteurs 30 M. Geldstrafe.
- Köln.** Wegen Beleidigung eines Bahnbeamten Genosse Posticher 40 M. Geldstrafe. Beantragt waren 300 Mark.
- Dresden.** Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“, Genosse Reichardt, wegen Beleidigung des Grafen Fabrice 100 M. Geldstrafe.
- Wilmersdorf.** Von der Anklage der Beamtenbeleidigung Genosse Lüd freigesprochen, wegen des gleichen Delikts Genosse Schmidt 100 M. Geldstrafe.
- Frankfurt a. M.** Genosse R. Schmidt, Redakteur der „Vollstimme“, wegen Preßbeleidigung 200 M. Geldstrafe.
- Alvolda.** Wegen unerlaubten Truchschriften-Verkaufs Genosse Baudert 3 M. Geldstrafe.
- Bremen.** Wegen Beleidigung ihres Berufsgenossen vom „Courier“ Genosse Bruhns 150 M. und Genosse Rhein 30 M. Geldstrafe.
- Dresden.** Genosse Reichard drei Wochen Haft wegen Verübung groben Unfugs, begangen bei dem Viehtieg.
- Meißen.** Genosse Riem wegen Preßbeleidigung 50 M. Geldstrafe.
- Gera.** Wegen Beleidigung des Stadtraths, Genosse Breischneider 1 Monat Gefängnis. In einem zweiten Fall erfolgte Freisprechung.
- Dresden.** Je 20 M. Geldstrafe die Genossin Eichhorn, sowie die Genossen Eichhorn, Reichard und Hartmann wegen Singens des Sozialistenmarsches. Die Beamten hatten die Säger mit den „Tippen wackeln“ sehen.
In der Berufungsinstanz Genosse Reichard wegen Beamtenbeleidigung 1 Monat Gefängnis. Reichard war in erster Instanz freigesprochen worden.
- Elmhorn.** Wegen Uebertretung der Sabbathordnung Genosse Krause 3 M. Geldstrafe.
- Offenbach.** Der Redakteur sowie der Verleger des „Abendblattes“ zu je 100 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Zeitungsverlegers.
- Köln.** Ein am Anstand beteiligter Löpfer 3 Tage Gefängnis, wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbeordnung.
- Erfurt.** Genosse Hülle wegen Beamtenbeleidigung 5 Monate Gefängnis. — Derselbe in der zweiten Verhandlung wegen Beleidigung des Stadtbauraths 120 M. Geldstrafe.
- Berlin.** Der Redakteur des „Vorwärts“, Gen. Bösch, wegen Beleidigung des Grafen Dobna-Land 100 M., und wegen Schutzmännbeleidigung 100 M. Geldstrafe.
Genosse Schippel als Redakteur des „Sozialdemokrat“ in der Revisionsinstanz wegen Richterbeleidigung 3 Monate Gefängnis.

Insgesamt wurden erkannt auf 2 Monate Zuchthaus als Zusatzstrafe, 6 Jahre 2 Monate 2 Wochen und 1 Tag Gefängnis, und 3355 M. Geldstrafe.

Der Parteivorstand.

Versammlungen.

Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen. Sehr zahlreich waren am 4. Dezember die Mitglieder der Kasse zusammengekommen um Protest einzulegen gegen das Attentat, welches die Mehrheit des Vorstandes auf die freie Arztwahl unternommen, indem sie einfach über die Köpfe der Generalversammlung hinweg einen Vertrag mit einer Anzahl Aerzte einging. Herr Ahmann machte als erster Redner der Versammlung klar, daß das Defizit, welches die Abrechnung dieses Jahr wiederum ergeben werde, nicht auf Konto der freien Arztwahl zu setzen sei, wie es so gern von seiten des Vorstandes gethan wird, sondern lediglich in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet liegt. Die Ausgaben der Kasse seien in den letzten vier Jahren, rapid gestiegen. Im Jahre 1891 betragen dieselben pro Kopf und Jahr rund 19 M., im Jahre 1892 20 M., im Jahre 1893, also noch unter der Herrschaft des Gewerks-Krankensvereins, 25 M., und im Jahre 1894, soweit bis Oktober die Abrechnung vorliegt, 28,25 M. In der nun folgenden Diskussion theilten sämtliche Redner in schärfer Weise das Vorgehen des Vorstandes. Pflicht der Delegirten sei es, in der am 16. Dezember bei Siebig stattfindenden Generalversammlung den Vorstand zu beauftragen, den Vertrag mit dem Verein der frei gewählten Kassenärzte zu erneuern; jede andere Abmachung sei hinfällig. Die Herren Dr. Munter und Dr. Mugdan legten dann noch das neue System der 140 Aerzte klar. In Wirklichkeit meinte Herr Dr. Mugdan, hätten sich nicht 140, sondern kaum 70 Aerzte gefunden, welche auf die Verträge mit dem Vorstand eingegangen seien. Unter diesen befänden sich die ausgeprochensten Vertreter des Zwangsarzt-Systems, die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherung. Es wurde sodann eine Kommission von neun Personen gewählt, welche noch eine kräftige Agitation zu entfalten hat.

Fünf öffentliche Protestversammlungen von Mitgliedern der Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen tagten gleichzeitig am 9. Dezember in verschiedenen Stadtgegenden mit der gleichlautenden Tagesordnung: „Die stellen sich die Mitglieder der Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu dem brutalen Vorgehen des Vorstandes in betreff Abschaffung der freien Arztwahl?“ Den Ausführungen der Referenten (Mitgliedern der Kommission für Einführung freier Arztwahl) lag ein an die am nächsten Sonntag tagende Generalversammlung zu richtender Protest zu Grunde, für welchen noch möglichst agitirt werden soll und Unterschriften zu sammeln sind. Die unterschriebenen Protestbogen sind bis zum Mittwoch Abend an bestimmte Sammelstellen einzuliefern. Der Protest richtet sich gegen die Handlung des Vorstandes, daß derselbe über die Köpfe der Delegirten den Vertrag mit dem Verein frei gewählter Kassenärzte aufgehoben und dafür mit anderen Aerzten einen Vertrag abgeschlossen habe, wodurch die beschlossene freie Arztwahl illusorisch gemacht werde. Ueber die diesbezüglichen Verhandlungen wurde das „Antsgeheimnis“ proklamirt und den einzelnen Mitgliedern Stichschweigen auferlegt. Auch hiergegen wendet sich der Protest, wie auch gegen die Aufhebung der freien Arztwahl und verlangt, den Vorstand seines Amtes zu entheben. Die Debatten gestalteten sich sehr lebhaft und erstreckten sich auf die ganzen internen Kassenverhältnisse. Vornehmlich wurde darauf hingewiesen, daß die „freie Arztwahl“ des Vorstandes darin bestehen soll, daß er den über 40 000 Kassenmitgliedern 140 Kassenärzte zur Verfügung stellen will. Diese Herren seien ausgeprochene Gegner der freien Arztwahl, langjährige Angehörige des Gewerks-Krankensvereins, Vertrauensärzte von Berufsgenossenschaften etc. Dieses System würde sich naturgemäß sehr bald wieder zu dem alten Zwangssystem ausbilden. Es könne nicht ausbleiben, daß Berlin in Besitze eingetheilt und die Kranken zu ihrem jeweiligen Bezirksarzt kommandirt werden. Nicht die freie Arztwahl habe der Kasse nach dreivierteljähriger Dauer die bestehenden finanziellen Schwierigkeiten bereitet, sondern die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse. Naturgemäß sei das System der freien Arztwahl etwas theurer, da bessere Arbeit auch besser bezahlt werde. Zwar wurde von verschiedenen Seiten versucht, das Vorgehen des Vorstandes zu rechtfertigen, doch gelangte in allen Versammlungen fast einstimmig folgende Resolution zur Annahme: „Die unterzeichneten Vertreter der Allgemeinen Orts-Krankenkasse der gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu Berlin erheben gegen die Geschäftsführung des Vorstandes dieser Kasse Beschwerde und beantragen: Derselbe auf Grund des § 52 des Statuts in der Generalversammlung am 16. Dezember 1894 zu verhandeln.“

Die Beschwerde gründet sich darauf, daß 1. der Vorstand entgegen dem § 48 des Statuts den Beschluß der Generalversammlung vom September 1894 nicht ausgeführt hat, indem er den Vertrag mit dem Verein der frei gewählten Kassenärzte nicht erneuerte, obwohl dieser Verein den von der freien Vereinigung Berliner Krankenkassen mit freier Arztwahl stipulirten Vertrag angenommen hat; 2. daß der Vorstand für seine lahmschwändigen Maßnahmen Antiversammlungen proklamirt hat und auf diese Weise die Kassenmitglieder verübte, rechtzeitig ihre gefährdeten Rechte wahrzunehmen. Berlin, 7. Dezember 1894. (Folgen Unterschriften.)

Die Sammelstellen werden seitens der Kommission noch bekannt gegeben werden.

Eine gut besuchte Versammlung des Fachvereins der Bedenarbeiter tagte am 4. Dezember. Die Versammlung beschäftigte sich in vorwiegender Weise mit dem Ausbau der Organisation. Die Mitglieder Schulz und Fretter befaßten wörtlich hierbei, die Frauen in die Organisation aufzunehmen. Sämtliche Redner stützten diesen Ausführungen zu und wurde demgemäß beschlossen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung theilte der Vorsitzende mit, daß die vom Fachverein der Sattler geliehene Bibliothek zum 1. Januar 1895 gekündigt worden ist. — Am 11. Dezember findet eine öffentliche Versammlung in dem Lokal von Dente, Naunynstr. 27, statt, auf welche die Kollegen ganz besond. ers aufmerksam gemacht werden. Flugblätter zur Agitation sind zu haben beim Kollegen Voigt, Naunynstr. 65.

Friedrichshagen. Am Sonntag, den 25. November, fand hier eine öffentliche Versammlung der Maler und Anstreicher statt, in der G. Einl (Berlin) über den Werth und Nutzen der Gewerkschaftsorganisationen sprach. In der Diskussion sprachen Buscholt, Lornow und Suregli im Sinne des Referenten und empfahlen den Kollegen, sich als Hauptstelle der Thule Berlin 1 anzuschließen. Nach einer längeren Diskussion gelangte ein Antrag, der diesem Vorschlage entspricht, zur Annahme und wurde hierauf der Kollege Schiöng als Hilfskassier gewählt. Das Kassenlokal befindet sich bei Lerch, Scharnweberstr. 75. Kassenstunden Sonntags von 10 bis 12 Uhr.

Bestes 255M
Weihnachts-Geschenk.
 Abfah in 5 Jahren
 über
200000 Expl.
 Fast jede Krankheit heilt:
Bilz,
 das neue
Naturheilverfahren,
 prämiert. Univerf.-Ver. der Natur-
 heilkunde einschl. Acupunktur,
 Heilmagnetismus etc. etc. 20te Aufl.
 1800 Seit. 350 Abbild. Preis
 gebd. 8,- M. Tausende von
 Aerzten aufgebundene Kranke wur-
 den dadurch noch gerettet. Zu
 bez. durch Bilz, Verlag Dresden-
 Radebeul u. jede Buchhandlung.

Bilz,
 Wie schafft man
 bessere Zeiten?
 Neu! Gross. Aufsicht. Neu!
 170 S. Preis 50 Pf. Auch i. Briefm.
 Bilz, Verlag Dresden-Radebeul.

**Möbel-
 Gelegenheitskauf**
 zu außergewöhnlich billigen Preisen.
 Für Brautleute ganze Einrichtungen
 von 200-1000 M. Teilzahlung ge-
 statet. Elegante Ruhbaum- u. Maho-
 goni-Kleiderspinden u. Vertikows 80 M.,
 einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit
 Matratze 20 M.; Nachtschloßletten, Küchen-
 spinden, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.;
 Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeaux
 65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.;
 Paneelephos 80 M.; Buffets, Silber-
 schränke, Herren-Schreibtische, Schreib-
 sekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel
 (wenig gebrauchte) zu halben Preisen
 und sollte es Niemand veräumen, wer
 gut und reell kaufen will, mein großes
 Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel
 werden bis Januar kostenfrei aufbe-
 wahrt, transportiert und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbel-Fabrik.

**5000
 Damen-
 Winter-Jaquets**
 eigener Fabrik, neueste Façons,
enorm billig.
Stoff-Jaquets sehr viele Fa-
 çons in den
 neuesten Farben und Stoffen, 9 M.,
 10 M., 12 M., 15 M.
Plüsch-Jaquets in nur neuen
 Façons
 25, 30, 35, 40 Mark.
Golf Cape letzte Neuheit in
 leichten, warmen
 Stoffen. Große Farbauswahl,
 7,50, 9, 12, 15 Mark.
Winter-Capes große Auswahl
 in Façons und
 Stoffen, bequemer Frauen-Umhang
 15, 20, 25 Mark.
Plüsch-Capes 30, 40, 50 M.
Lange Winter-Paletots
 echt Cover Coating, Eskimo und
 Double 20, 25, 30 Mark.
Winter-Pelerinen-Mäntel
 für Frauen, leicht und warm,
 20, 25, 30, 35 Mark.
 Wattirte Räder- und
Abend-Mäntel
 grosses Lager in allen
 neuen Farben u. Façons
 mit den neuesten Pelz-
 arten garnirt
 10, 12, 15, 20, 30, 40 Mark.
Regen-Mäntel jeht nach be-
 endeter
 Saison, so lange der Vorrath reicht
 zu halben Preisen, sehr geeignet für
 Weihnachts-Geschenke.
 Zutück-
 gefichte
Jaquets 5 u. 6 Mk.
 früherer Preis 20 bis 30 Mk.

**Mäntel-Fabrik
 Sielmann & Rosenberg**
 Berlin, Kommandantenstr.,
 Ecke Lindenstraße.

Rohtabak.
 Grösste Auswahl! Billigste Preise
 Reichhaltiges Lager in
Formen, Bookfaçons.
Heinrich Franck,
 185 Brunnen-Strasse 185.

Möbel, gebraucht, laufe Möbel-
 Handlung Rosenthaler-
 Strasse 13.

An unsere Kunden



die ergebene Mittheilung, daß wir den
 Alleinverkauf d. Gesamtzeugnisses in
Amerikan. Neugold-Uhren
 übernommen haben. Die amerik.
Neugold-Uhren sind dem Aussehen
 nach von echtem Golde nicht zu unter-
 scheiden und behalten dieses goldäh-
 nliche Aussehen für immer, wofür wir
 die weitgehendste Garantie bieten, indem
 Neugold eine eigene Metalllegirung ist.
 Die Neugold-Uhren haben ein sehr
 gutes, verlässliches, genau regulirtes und
 erprobtes Werk und leisten wir für jede
 Uhr drei Jahre schriftliche Garantie.
 Die Ausführung ist reizend, elegant,
 glatt oder kunstvoll guilochirt, genau
 so sorgfältig wie bei goldenen Uhren.
 Preis per Stück mit 2 Neugold-Deckeln,
 offenem Zifferblatt, M. 15,00, mit
 drei Neugold-Deckeln (Sprungdeckel-
 Savonnette) M. 20,00. **Damen-
 Uhren** mit 3 Neugold-Deckeln (Sprung-
 deckel-Savonnette) M. 21,00, **Neu-
 gold-Uhrketten** i. modernsten Façons
 für Herren und Damen M. 5,00 und
 8,00, Neugold-Ringe für Herren und
 Damen M. 3,50.

Unsere Neugold-Uhren sind mit dem
 gleichviel unter welchen Namen aus-
 gebotenen Uhren nicht zu vergleichen und
 nur echt, wenn sie mit unserem Garantie-
 schein und der gefechlich eingetragenen
 Schutzmarke **Neugold** versehen sind.

An unsere bekannten Kunden machen
 wir gern Anfragesendungen; an unbe-
 kannte Besteller versenden wir nur gegen
 Nachnahme oder vorherige Einfindung
 des Betrages, verpflichten uns aber bei
 Nichtkonvenienz, den vollen Betrag ohne
 Anstand zurückzahlen, so daß der
 Empfänger keinerlei Risiko hat.

Weihnachtsbestellungen erbitten
 wir uns baldigt, um dieselben bei der
 kolossalen Nachfrage rechtzeitig aus-
 führen zu können.

Feith's Neuheiten-Vertrieb
 Dresden-A., Birnischstraße Nr. 34.
 Berlin C., Stralauerstraße Nr. 41.
 Bei gef. Bestellung bitten wir, sich
 auf dieses Blatt zu beziehen. 34/11

Roh-Tabak
 A. Goldschmidt, 4485L.
 am biefigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
 Garantie für sicheren Brand.
 Streng reelle Bedienung, billige
 Preise! Sämtliche im Handel
 befindl. Rohabake sind am Lager.
 A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Gelegenheitskauf
 für Brautleute: Im Möbelspeicher
 Neue Adnigste, 59, vorn 1., sollen über
 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze
 Zeit verliehen gewesene u. neue Möbel
 spottbillig verkauft werden. Ganze
 Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M.
 Teilzahlung gestattet. Beamten ohne
 Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchen-
 spinden, Kommoden 12, Sophas 15 M.,
 Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen
 18, Ruhbaum-Kleiderspinden 80, Stühle
 3 Mark, hochfeine Mischleiderspinden
 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-
 schreibtische, Damenschreibtische 80,
 Zylinderbureau, Schreibsekretäre 15
 Mark, Garderobenspinden, Paneele-
 phos 75, Buffets, Trumeaux 65 M.,
 Betten, Couliantische, alles spott-
 billig. Auch einzelne Gegenstände
 werden zu Engrospreisen verkauft.
 Empfehle allen Herrschaften, mein
 größtes Möbellager Berlins zu be-
 sichtigen u. sich von den staunend billigen
 Preisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel
 können bis Januar kostenfrei stehen
 bleiben und werden durch eigene Ge-
 spanne transportiert und aufgestellt.

Gardinen - Fabrik
 Großes Lager gestickter und engl.
 Züllgardinen, Stores, weiß und
 creme. Große Auswahl in Sophas,
 Tisch- und Bettdecken, auch im
 Einz. z. den billigst. Fabrikpreisen.
 E. Knappe aus Eutsch i. Sachsen
 Köln Laden
 Berlin N., Brunnenstr. 21, pt.

**W. Flade, Uhr-
 macher,**
 113 Brunnenstraße 113
 Uhren, Ketten, Gold- und
 Silberwaren. 1130L*
 Reparatur-Werkstatt.

Pelzwaaren-Fabrik, Göbel & Reinecke
 Einzelverf. z. Fabrikpreisen.
 Verkaufsstellen direkt in der Fabrik
 Stallschreiber-Strasse No 50 51, 1 (Ecke Alexandrinenstraße) und
 Jerusalemer-Strasse 65 (Laden, an der Kirche).
 Sämtliche Waaren sind aus besten Winterfellern unter unserer eigenen
 fachmännischen Leitung hergestellt. Telephon Amt IV 9790.

Haus- und Küchengeräthe
PAUL KREBS
 Nr. 42 Grüner Weg, Berlin O., Grüner Weg Nr. 42.
 Als praktische und nützliche Weihnachtsgeschenke empfehle:
 Fleischhack- und Wringmaschinen, Prottschneide- und Reibe-
 Maschinen, Küchenwaagen, Schirmhänder, Ofenvorseher,
 Kupfer- u. Messingkeffel, Hausapotheken, Gewürzschränke,
 Servirbretter mit u. ohne Einlage, Nidelpattirte Kaffee-
 u. Theeservice, Theekessel in Nickel u. Emaille, Nidelpatt,
 Sablettes u. Prothörbe, Schlitten- u. Schlittschuhe, Kinder-
 Hobelbänke, Laubsägekästen, Solinger Stahlwaaren.
Neu! Der Weihnachtsmann. Neu!
 Weihnachtsbaumfass mit Wasserbehälter, 10 Kilo schwer, vermeidet
 das Umfallen des Baumes, d. Feuergefahr sow. das Abfallen der Nadeln.
Neu! Weihnachtsbaum-Schraublenchter! Neu!
 Kochmaschinen, Werkzeugkasten, Zinnsoldaten.
Emaillewaaren zu Fabrikpreisen.

Halb und Halb.
**Mampe mit
 Pomeranzen**
 Feinste Likörmischung
 Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
 Ukörbrik Berlin, N. 28



August Schulze
 35 Goldarbeiter 35
 1 Tr. Kommandantenstr. 1 Tr.
 Trauringe: massiv gold. Ringe, Ketten, Armabänder, Bitto auf Haus-
 2 Dukaten 21 M. Große, Ohrringe, Granaten, Korallen. No. zu achten.

Kaufen Sie keine Pelzwaaren
 che Sie sich von den wirklichen Fabrikpreisen überzeugt haben bei
V. Burdzik, Berlin O., Holzmarktstraße Nr. 60.
 Eingang vom Flur.
 Versandt nach ausserhalb gegen Nachnahme.

Wegen **Umbau** meiner **Geschäftsräume**
 gelangene die **Restbestände** meines seit 21 Jahren be-
 stehenden Waarenlagers:
Teppiche! Fertige Wäsche!
Gardinen! Steppdecken!
Portiären! Leinenwaaren!
 zu **spottbilligen** Preisen zum **Ausverkauf.**
 Am Stadt- bahnhof Börse. **J. Brünn** Am Stadt- bahnhof Börse.
4. Hackescher Markt 4.
 Einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Rum
 anerkannt gut, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen à 10 Pf. billiger.
Glühwein-Extrakt, hochfein, Literflasche 1,30, 5 Liter 5,50.
Echt Stonsdorfer Likör à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,-.
Jugber-Likör, maagenstärkend, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,-.
Himbeer-Kirsch-Johannisbeersaft, vorzögl., Literflasche à 1,30.
 Eugen Neumann & Co., Gg. Velle-Allianzplatz 6a.
 81, Neue Friedrichstr. 81. 8, Oranienstr. 8. 29, Genthinerstr. 29.

Caesar Heilbronn
 Leipzigerstr. 47 (Nähe des
 Konzerthauses)
 empfiehlt größte Auswahl reell und billig
 bestehend in
 Weihnachtsgeschenken | Broncewaaren.
 Gelegenheitsgeschenken | echt engl. Alfenidewaaren,
 Hochzeitsgeschenken | Lederwaaren.
 Ausstellung von Puppen und Spielwaaren.
 Besichtigung der 3 Schaufenster sehr lohnend, die der
 Lokalitäten Jedem gestattet, ohne jeden Kaufzwang.
 In allen Abtheilungen sind die Preise auf jedem
 Gegenstand deutlich sichtbar vermerkt.

Zu Weihnachtsgeschenken
 für Kinder von 7-14 Jahren eignet
 sich hervorragend:
Märchenbuch
 für die Kinder des Proletariats.
 160 Seiten mit 5 Buntbildern,
 elegant gebunden Preis 1 Mark.
 Zu beziehen durch alle Partei-
 buchhandlungen, Kolportage und
 Zeitung-Expeditoren, sowie vom
 Verlag Hans Baake, City-Passage.

**Möbel-
 Kaufgelegenheit**
 bietet sich Brautleuten etc. im Möbel-
 speicher, 8678*
Rosenthaler - Strasse 13, 1.
 Dasselbst stehen täglich zum Verkauf:
 neue gebiegene Möbel zu außerordent-
 lich billigen Preisen, gebrauchte und
 vertiehen gewesene Möbel zu wach-
 sthaften Spottpreisen. Teilzahlung ge-
 statet. Kleiderschränke 15, Küchen-
 spinde, Kommoden 12, Sophas 15,
 Bettstellen mit Matratzen 18 Mark,
 Ruhbaum-Kleiderschränke, Vertikows 30,
 Stühle 3, Mischleiderspinden 40,
 Trumeaux 65, Paneelephos 75, Plüsch-
 garnituren 60 Mark, Herren-Schreib-
 tische, Schreibsekretäre, Buffets, Kou-
 lissentische, Spiegel, alles staunend billig.
 Gesante Möbel können auf meinem
 Lager speicher bis April kostenfrei
 lagern und werden durch eigene Ge-
 spanne transportiert und aufgestellt.

**In
 Roh-
 Tabaken**
 und **Utensilien** für
Cigarren-Fabrikanten
**!! billigster
 Einkauf!!**
W. Hermann Müller
 Berlin
 Alexanderstr. 22.
 Strong reelle Bedienung.
Creditgewährung
nach Uebereinkunft!!
 Ein Jeder mache den Versuch.

Als
praktische Weihnachts-Geschenke
 empfehle ich
 wollene Strickjacken in allen Preisen,
 Trikotasen für Herren und Damen,
 Leibwäsche und Bettwäsche,
 Strümpfe, Korsets, Kravatten,
 Stragen, Manschetten, Oberhemden.
 Bes. empfehlensw. gegen Schweißflüsse
Landwolle,
 garantiert nicht einlaufend. 1210L*
Richard Stock,
 Wrangelstr. 119.

Tausend Modell Damen
 Abendmäntel auf Seide wartirt 8,00 bis
 15,00, hochlegant mit langem echten
 Pelzhaubl 20-30. Neueste Winter-
 jaquets-Mäntel mit abnehmbarem Cape
 6-20, Seidenfaul-Plüschjaquets mit
 kleinen unscheinbaren Webeblern 15
 bis 40 (Regenmäntel, um zu räumen,
 5-15) **Sandbergerstr. 48, 1 Tr.**

37 Als anerkannt reelle und **37**
 billigste Einkaufs-Quelle des
Süd-Ostens für
Gold-, Silber-,
Alfenidewaaren (Eg-Fabr.)
 goldene u. silberne Uhren
 empfiehlt sich
H. Gottschalk,
 Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

6 Pfund Albrecht's
 Brot für **Bäckerei,**
 50 Pfennig liefert Wrangel-Strasse 8
 Langestr. 26, Falkens tainstr. 28

Sophastoff-Reste
 in Rips, Damast, Crèpe, Fantasie,
 Gobelin, Plüsch und bunten
 Moqurets spottbillig!
 Proben franko! 5150L*
Emil Lefèvre, Berlin S.,
 Oranienstraße
 158.